

Zeitgeschehen

Nach dem Erdbeben

Im Blickpunkt

Die Schiiten im Iran Der religiöse Hintergrund der iranischen „Revolution“

Nonkonformismus in traditionellem
Gewand

Die „Zwölfer-Schia“, ein Zweig des Islams
Das Heldenepos von Ali und der schiitische
Festkalender

Husseins Märtyrertod

„Der verborgene Imam“

Ein schiitisches Reich unter der Aufsicht der
Gelehrten

Die Gelehrten und die Pahlewi-Dynastie

Eine „islamische Republik“?

Dokumentation

Bürgerrechtsinitiativen in Osteuropa

Die Moskauer Helsinki-Gruppe

Meine Überzeugung

Jüdische Ausreisebewegung

Gegen den Mißbrauch der Psychiatrie

Polnische und tschechoslowakische Bürger
solidarisieren sich

Christen sollen nicht am gesellschaftlichen
Aufbau teilnehmen

Gegen willkürliche Verhaftung

Berichte

Menschenfreundliches Werk – Kirche des Reiches Gottes

Informationen

JUDENTUM

Neue Torarollen für Frankfurt und
Wiesbaden

ISLAM

Islam in der Sowjetunion

Ein Ahmadi zur islamischen „Revolution“
im Iran

KIRCHE IM SOZIALISMUS

Lebendige Baptistengemeinde in der
Sowjetunion

Bei den deutschsprachigen lutherischen
Gemeinden in der Sowjetunion

E 20 362 E

Material dienst

Aus der
Evangelischen Zentralstelle
für Weltanschauungsfragen
der EKD



4

**42. Jahrgang
1. April 1979**

Zeitgeschehen

○ **Nach dem Erdbeben.** Mit dem unerwarteten Sturz Seiner Kaiserlichen Majestät, des Schahs Mohammed Resa Pahlewi, „Licht der Arier, König der Könige“ und Vater eines eigenen iranischen „Wirtschaftswunders“, ist die Welt um einen jener Krisenherde reicher, wo sich wirtschaftliche und politische Spannungen mit altererbten religiösen Problemen verbinden, ja, wo religiöse Kräfte sogar mit der Gewalt eines Erdbebens zum Ausbruch kommen können. In diesem Fall handelte es sich um den schiitischen Islam, der außerhalb des Iran eine Minderheiten-Religion ist und der, den Millenariern unserer Kirchengeschichte nicht unähnlich, das Erscheinen einer heute noch verborgenen endzeitlichen Herrschergestalt erwartet. Für Wochen wurden unsere Massenmedien vom Bild eines weißbärtigen, düster blickenden Greises beherrscht, der, mit unbewegtem Gesicht, die Huldigungen tumultuarisch jubelnder Massen über sich ergehen ließ. Es zeigte sich, daß in dieser Sonderform offensichtlich noch mehr apokalyptische Gluten unter der Asche glimmen als im sunnitischen Islam, der sich bis heute leichter mit den unterschiedlichsten Herrschaftsformen arrangiert.

Den religiösen Aspekten des Erdbebens im Iran nachzugehen, ist eine Sache. Eine andere ist es, sich zu fra-

gen, wie diese Entladung religiöser Energien im Islam, der sich in seiner Orientierung bekanntlich nur mit Mühe von den Erinnerungen an die eigene Frühzeit des ersten Aufbruchs und der ersten Ausbreitung lösen kann, wohl mit dem Scheitern eines neuzeitlichen Entwicklungskonzeptes zusammenhängen mag, das aus dem Iran eine Großmacht des Jahres 2000 machen sollte.

Der Iran von morgen, wie er dem Schah vorschwebte, hat sich bei allen Scheinerfolgen des ehrgeizigen Monarchen als eine Fata morgana erwiesen. Im Grund hat aber der ganze Westen nur zu bereitwillig mitgespielt, das Land auf seinem Wege einer primär westlich orientierten Entwicklung ins Raketenzeitalter zu ermutigen.

Basis des iranischen Entwicklungsexperimentes war das Öl, die bis heute wichtigste Machtgrundlage des bevölkerungsreichen Landes. Spätestens seit den Warnungen des Clubs von Rom aber weiß man, daß die Ölvorkommen einmal erschöpft sein werden. Spätestens dann werden sich alle ölproduzierenden Länder mit der Frage konfrontiert sehen, was sie denn nun mit dem Geld angefangen haben und ob der Griff nach neuesten Waffen, nach Rennmieberbauten wie Staudämmen, Stahlwerken, Kernreaktoren und modernsten elektronischen Fabriken wirklich die sinnvollsten Investitionen waren. Andere Länder der Dritten Welt, wie etwa China oder Tansania, wissen längst, daß man bei jeder Entwicklung auch die Stärkung der agrarischen Infrastruktur, das Zurückdämmen der wachsenden Wüsten, den Aufbau von unten, buchstäblich vom Dorf her, nicht verges-

sen sollte.

Wie wird, so fragte man noch vor kurzem, die Lage mancher ölproduzierender Länder aussehen, wenn sie eines Tages mit Bevölkerungen übrig bleiben, die ihren traditionellen Lebensformen und Lebensordnungen entfremdet sind, in denen Erwartungen geweckt wurden, die sich dann nicht erfüllen ließen? Kaum jemand aber hätte gedacht, daß sich die Frage nach der Richtigkeit einer einseitig westlich orientierten Entwicklungspolitik – schon lange vor dem Tage X – in einem Land wie dem Iran so gebieterisch auf die Tagesordnung setzen werde.

In einer Zeit, in der man sich auch in der Bundesrepublik noch vom Glanz derer blenden ließ, die Gerhard Konzelmann im Titel eines seiner verschiedenen Bücher einmal „Die Reichen aus dem Morgenland“ nannte, entfachte der Exil-Iraner Bahman Nirumand in Berlin Demonstrationen Jugendlicher gegen einen Schah-Besuch, bei denen es zum Tod des Studenten Benno Ohnesorg kam. In seinem rororo-Bändchen „Persien, Modell eines Entwicklungslandes“ hatte er schon 1967 als Menetekel an die Wand geschrieben, daß die Ölquellen „in absehbarer Zeit“ versiegen werden und „mit ihnen der große Reichtum, auf den das iranische Volk seine Zukunftsträume von Wohlstand, Sicherheit und Freiheit baut“. Und er hatte seine Landsleute beschworen, diese unwiederbringliche Chance – ohne Schah und seine Bindung an die Wirtschaft des Westens, sozusagen im nationalistischen Alleingang – zu nutzen. Daß auch der „iranische Islam“ für den von ihm gefor-

dernten Umsturz „religiöse Energien“ einzubringen habe, damit rechnete er so wenig wie Hans Magnus Enzensberger, der ihm das Nachwort zu seinem Bändchen schrieb.

Im Lessing-Jahr liegt es nahe, die berühmte Ring-Parabel aus dem Nathan, die Juden, Christen und Muslime zu einem friedlichen Wettstreit auffordert, im Blick auf die großen Herausforderungen unserer Zeit auf alle Weltreligionen und Ideologien anzuwenden. Im Grunde sind alle gefordert, tiefer zu verstehen, was mit der heutigen Menschheit eigentlich vor sich geht und wie sie auf einen besseren Weg zu bringen wäre. Was Ajatollah Khomeini für seine „Islamische Republik“ im Iran nicht will, ist bekannt. Für ihn ist es Gottes Gebot und die religiöse Aufgabe jedes Muslims, seine Heimat von den fremden Ausbeutern zu befreien und zu reinigen, wobei die inländischen Verbündeten dieser fremden Ausbeuter offensichtlich leichter greifbar sind. Kritiker aber fragen, ob er nicht mit der gleichen Ungeduld, mit der der Schah das Land – am Volk vorbei modernisierend – im D-Zug-Tempo in die Zukunft befördern wollte, nun seinerseits seine Landsleute mit – wie es der Spiegel formulierte – seiner „religiösen Zeitmaschine“ in ein „theokratisches Mittelalter“ oder in die „islamische Urgesellschaft“ zurückzusetzen versucht.

In welcher Weise der Iran nach seinem Erdbeben zu einer den eigenen Möglichkeiten entsprechenden Entwicklung finden wird, welche Hilfe ihm dabei auf die Dauer vom schiitischen Islam kommen wird: dies steht im Augenblick noch in den Sternen. qu

Die Schiiten im Iran Der religiöse Hintergrund der iranischen „Revolution“

Die islamische „Revolution“ im Iran hat nicht nur die politische und wirtschaftliche Weltsituation verändert. Auch die geistigen und religiösen Gewichte haben sich verschoben. Mit dem Ajatollah Khomeini und den von ihm mobilisierten Volksmassen, die das Regime Schah Resa Pahlewis stürzten, hat eine bisher im Westen nahezu unbeachtete Größe aktuelle und offenbar weitreichende Bedeutung gewonnen: der schiitische Islam.

Die Berichte und Kommentare der letzten Monate haben eine erschreckende Unkenntnis über die iranischen Schiiten sichtbar gemacht. Um so massiver bestimmten Klischees und Vorurteile das Bild jener religiösen Kräfte und Führer, die im Augenblick die einzige Autorität in einer der wichtigsten Regionen des Globus darstellen. Bessere Information ist

unerlässlich. Gerade beim schiitischen Islam muß man jedoch weit in die Geschichte zurückgreifen, wenn man verstehen will, was heute geschieht.

Pierre Rondot ist Jesuit in Lyon und ein international anerkannter Islamspezialist. Er hat den folgenden Beitrag, wie besonders am Ende deutlich wird, einige Wochen vor der Machtübernahme im Iran durch die religiöse Opposition für die französische Zeitschrift «Études» geschrieben. Die jüngste Entwicklung unterstreicht jedoch lediglich die Gültigkeit seiner Analyse. Die deutsche Übersetzung, für den «Materialdienst» leicht gekürzt, erschien in der von einer Gruppe progressiver Schweizer Jesuiten herausgegebenen Zeitschrift «Orientierung» (Heft 4/1979 und 5/1979).

Bis zu den jüngsten Ereignissen, die die iranische Schia auf einmal ins Rampenlicht rückten und sie mit einem revolutionären Prestige versahen, war diese islamische Richtung im Westen kaum bekannt.

Der Iran hat auf nationaler, kultureller und selbst dogmatischer Ebene ein eigenes Gesicht. Diese Eigenständigkeit wird nicht nur von den Deutungsmustern einer bestimmten Richtung des Islams, sondern ebenso sehr vom Festhalten an vorislamischen Elementen bestimmt. Im Iran finden sich verschiedene Ebenen einer Mystik, die gelegentlich – bis hinab zur Masse des Volkes – das Alltagsleben beeinflusste, wobei sie kühn genug war, sich schon sehr früh über bestimmte charakteristische Verbote muslimischer Moralvorschriften und Konventionen hinwegzusetzen, so z. B. das Verbot des Alkoholgenußes und das Verbot der Darstellung des Menschen in der Kunst (Bilderverbot).

Die iranische Schia weist also seit alters Anzeichen eines gewissen Liberalismus oder jedenfalls eines Nonkonformismus auf. Aber diese möglichen Ansätze einer Evolution –

oder gar einer Revolution – sind in eine sehr traditionelle, ja vergangenheitsbezogene Grundhaltung gekleidet. So waren beispielsweise die ersten Manifestationen der Schiiten gegen *Schah Resa Pahlewi* ausgesprochen reaktionär: untergeordnete religiöse Führer veranlaßten die Bauern der Provinz Fars zum Widerstand gegen die Agrarreform. Ihr Argument lautete, die Bauern könnten auf einem Stück Land, dessen Besitz ihnen im Widerspruch zu den Bestimmungen des islamischen Bodenrechts übertragen worden war, kein gültiges Gebet verrichten.

Nonkonformismus in traditionellem Gewand

So zeichnete sich seit Beginn der sechziger Jahre ein Konflikt ab zwischen einer selbstherrlichen Staatstechnokratie, die sich für ausschließlich berechtigt hielt, die Kriterien und Modalitäten des Fortschritts zu werten, und zwischen einer islamischen Hierokratie, die das höchste Schiedsrichteramt in der Frage der Übereinstimmung menschlicher Vorschriften mit dem göttlichen Gesetz beanspruchte. Aber die ersten Auseinandersetzungen erfolgten auf einem Gebiet, das den Vertretern der schiitischen Religion keineswegs günstig war. Sie erschienen als Gegner sowohl der landwirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Gerechtigkeit wie auch der Frauenemanzipation und der Volksbildung. Die Staatsgewalt profitierte davon und bekämpfte erfolgreich diese traditionelle Protestbewegung, welche zwar arme Landbewohner in ihren Bann zu ziehen vermochte, aber die bessergestellten Städter kaum berührte. Die schiitische Hierarchie hätte sich etwas anderes einfallen lassen müssen als konservative Argumente und rein defensive Verhaltensmaßregeln, um ihren Gläubigen in dieser Phase rasanter Entwicklung, die mit einem Schlag den Sprung vom Mittelalter zur Neuzeit mit ihrer Technik vollzog, Orientierung und Leitung zu vermitteln. Aber für so etwas waren die religiösen Führer der Schiiten kaum vorbereitet.

Ihr Einfluß schien von diesem Moment an nachzulassen. Nur wenige von ihnen ermutigten die Unternehmungen der im Untergrund agierenden Opposition, der sich allerdings junge Leute aus frommen Familien anschlossen, die denn auch mit aller Grausamkeit dezimiert wurden. Die meisten Schiitenführer vertraten die Meinung, die Zeit für den Widerstand sei noch nicht gekommen; sie predigten die Tugend der Geduld und fanden sich damit ab, warten zu müssen. Einige gingen den Weg ins Exil: so der *Ayatollah Khomeini*, der sich ins schiitische Gebiet des benachbarten Iraks zurückzog. Aber ein paar Jahre später hatte sich die allgemeine Lage verändert. Gewisse Aspekte der Reformen wurden in Frage gestellt; die Auswüchse der Modernisierung verwirrten und stießen ab. Gegenüber den augenfälligen Mißbräuchen einer „Konsumgesellschaft“, die auf Profit, Pfründewesen und Betrug gründete, konnte sich die Schia als Anwalt einer geistigen, moralischen und gesellschaftlichen Ordnung fühlen, die von einer Mehrheit akzeptiert wurde, und als solche erschien sie auch in den Augen vieler Iraner, selbst bei denjenigen, deren persönliche religiöse Praxis auf ein Minimum reduziert war.

Aber der Widerstand gegen die Mißbräuche der Staatsmacht bedeutete noch nicht, daß man mit allen regimfeindlichen Kräften gemeinsame Sache machte. Die schiitische Opposition faßte zuerst, in aller Stille, bei den Intellektuellen Fuß, dann beim Bürgertum, bei den Kleinhändlern – der Basar ist in jeder Hinsicht nicht weit von der Moschee! – und auch in den moderner eingestellten Geschäftskreisen. Dennoch konnten sich die Schiiten mit den Forderungen der Progressisten nicht identifizieren und blieben aufs Ganze

gesehen deren gewalttätigem Kampf fern; und das Aufsehen, das die terroristischen Aktionen erzeugten, bestärkte sie nur in ihrer Zurückhaltung.

Es hat also den Anschein, als habe paradoxerweise der Schah – durch die mit den bekannten Mitteln betriebene Zerschlagung der gewalttätigen, bewaffneten Opposition der extremen Linken – den sozialen und geistigen Kräften der Schia den Boden bereitet. Wenn diese nunmehr auf den Plan treten, so brauchen sie nicht mehr zu befürchten, zu einer marxistischen Revolution beizutragen.

Die „Zwölfer-Schia“, ein Zweig des Islams

Muß man die Schia als Sekte bezeichnen? Da „Schi'a“ wörtlich „Absplitterung, Parteiung“ (nämlich Alis, des vierten Kalifen) bedeutet, wäre der Begriff nicht unzutreffend. Aber Ali ist der Schwiegersohn des Propheten; seine Nachkommenschaft, die zur Leitung der Schiiten bestimmt ist, stammt aus Mohammeds Blut und erhält von da her ihre Würde und ihren Auftrag; die Schia läßt sich sozusagen in einer Genealogie darstellen. Statt von einer Sekte spricht man wohl besser von einem „Hauptast“ des Islams, der sich in eine Vielfalt von Gruppen verzweigt.

Uns geht es hier nur um den wichtigsten Zweig der Schia, die sogenannte „Zwölfer-Schia“. Sie heißt so, weil sie nur die Reihe der ersten zwölf Imame anerkennt. Wir vernachlässigen die Besonderheiten der verschiedenen kleineren Zweige, die sich verselbstständig haben. Übrigens ist die von uns der Einfachheit halber verwendete Bezeichnung „iranische Schia“ etwas irreführend. Gewiß, die „Zwölfer-Schia“ umfaßt im Iran die große Mehrheit der Bevölkerung (mit Ausnahme der Kurden, die fast durchwegs Sunniten sind), während sie anderswo – etwa im Irak, im Libanon oder in Indien – nur eines von vielen Steinchen im religiösen Mosaik ausmacht. Dennoch: Obwohl Iran die Schia übernommen und zudem stark bereichert hat, so ist diese doch rein arabischen Ursprungs. Die heutigen *Sunniten* sind den Schiiten gegenüber keineswegs kämpferisch eingestellt, außer in der Türkei, wo sich tief eingewurzelte Vorurteile gegen die schiitische Gruppe der *Aleviten* mit politischen und sozialen Gegensätzen verbunden haben. In den Augen der sunnitischen Muslime, zu denen etwa 90 Prozent aller Anhänger des Islams gehören, bilden die Schiiten weit eher eine Sonderform als eine Abspaltung. Was sie charakterisiert, ist wohl weniger eine intellektuell bedingte Verschiedenheit als jenes emotionale Übermaß, das die ganze Person mitreißt. Denn Gefühle, Emotionen und Leidenschaften steigern sich bei den Schiiten gelegentlich bis zum Exzeß, was die Sunna in ihrer angestammten Nüchternheit nicht zuläßt.

Nun würden die Schiiten allerdings eine derart summarische Darstellung von der Hand weisen: sie sehen in ihrem Glauben und in ihrer religiösen Sensibilität eine Vertiefung oder auch eine Verinnerlichung. Dies gilt um so mehr, als die historisch bedingte Notwendigkeit, ihren Glauben zu verbergen (*taqija*), lange Zeit hindurch zu einer geistigen Selbstbesinnung geführt hat; nichtsdestoweniger sind aus diesem inneren Feuer zeitweise auch sichtbare Ausbrüche der Erregung entsprungen. So sehr die Schia also eine Vorliebe für die Verborgenheit hat, so macht sie sich doch zuweilen in geballter öffentlicher Demonstration Luft.

Zur Beschreibung der Schia wird man also am besten auf ihre Annalen zurückgreifen. Die großen Daten der schiitischen Geschichte, deren Gedächtnis mit begeisterter Anteilnahme begangen wird, bestimmen im Iran den Alltag und geben in Krisenzeiten den

Rhythmus für gelegentliche stürmische Kundgebungen des Volkes an. Die ersten zwei Jahrhunderte der Schia erlauben uns außerdem einen Einblick in den Geist ihrer organisatorischen Verfassung, die mehr als irgendwo sonst im Islam „klerikal“ geprägt ist. Wesentlich für die Schia ist das *Imamat*, die „Führung“ Alis und derjenigen unter seinen Nachkommen, die von den Gläubigen zu diesem Amt erkoren werden. Tatsächlich muß der Führer der schiitischen Gemeinschaft, der *Imam*, dem Hause des Propheten entstammen. Im Gegensatz dazu fordern die Sunniten nur, daß der *Kalif* – wie schon die ersten dieser „Stellvertreter“ des Propheten – aus den Stammesbrüdern Mohammeds, den Koreischiten, gewählt wird.

Das Heldenepos von Ali und der schiitische Festkalender

Nach sunnitischer Auffassung hatte Mohammed in bezug auf seine Ablösung als Führer der Gemeinschaft nichts Näheres verfügt. Aber als er erkrankt war, hatte er seinem Schwiegervater *Abu Bekr* die Leitung des Gebetes an seiner Statt übertragen; dieser war es denn auch, der von den engsten Vertrauten Mohammeds 632 zu dessen Nachfolger gewählt wurde.

Nach schiitischer Auffassung war dagegen *Ali* von Mohammed selber gewählt und eingesetzt, aber danach durch Intrigen und schließlich mit Gewalt entmachtet worden.

Mohammed hatte die Wallfahrt nach Mekka unternommen, die im islamischen Mondjahr mit dem 10. Tag des Monats *Dhulhiddscha* endet, und befand sich auf dem Rückweg nach Medina. Bereits leidend und sein nahes Ende voraussehend, machte er am 18. *Dhulhiddscha* beim Teich von *Chum Station*. Dort verlieh er seinem Vetter und Schwiegersohn *Ali*, einem seiner ersten Anhänger, „eine der seinigen gleiche Jurisdiktion“. Indem er Alis Kopf mit einem Turban umwand, setzte er ihn vor aller Augen in sein Amt ein. Zum Andenken an diese Investitur wird das *Chadir*-Fest begangen.

Aber *Ali*, der wohl zu jung war und die Kunstgriffe der Politik nur ungenügend beherrschte, vermochte sich nicht durchzusetzen. „Er bewies in dieser Lage jene Unentschlossenheit, die ihm später zum Verhängnis werden sollte, und verstand es nicht, seine Anhänger zu führen“ (Henri Massé, *L'Islam*, Paris 1952, S. 37). So mußte er es erleben, daß ihm erst *Abu Bekr*, dann *Omar* und *Osman* vorgezogen wurden. Letzterer soll – nach den Schiiten – bei der endgültigen Festlegung des Korantexts diejenigen Stellen ausgemerzt haben, die sich auf die nächsten Verwandten des Propheten bezogen und auf die *Ali* sich hätte berufen können.

Nach *Osman*s Ermordung im Jahre 656 wurde *Ali* endlich in Mekka zum Kalifen erkoren. Aber die Wahl war nicht einstimmig gewesen, und der Neugewählte mußte sofort nach Mesopotamien marschieren, um mit zwei Gegenspielern abzurechnen, die von *Aischa*, der Witwe des Propheten, unterstützt wurden. Es gelang *Ali* schließlich, die beiden zu schlagen. Sie fanden in der Schlacht den Tod. Aber *Ali* mußte nun nach Syrien eilen, dessen omaijadischer Gouverneur, *Moawija*, ebenfalls seiner Autorität trotzte; die beiden Heere gerieten bei *Siffin* in Ostsyrien aneinander, und es kam zu langwierigen Kämpfen, die von Verhandlungen unterbrochen wurden.

Als *Moawijas* Männer bereits einer Niederlage nahe schienen, hefteten sie Koranblätter an ihre Lanzen. Alis Anhänger verloren den Kampfgeist und überredeten ihren Führer, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen. Das führte zur Abspaltung der *Charidschiten*. Nach schiitischer Überlieferung wurde darauf Alis Vertreter in seiner Gutgläubigkeit

überlistet. Er hatte den Vorschlag gemacht, sowohl Ali wie Moawija sollten auf ihre Ansprüche verzichten und so eine geordnete Neuwahl ermöglichen. Dementsprechend erklärte er in Alis Namen den Rücktritt. Aber statt dasselbe zu tun, verkündete der Vertreter Moawijas, dieser sei nunmehr der alleinige Anführer der Gemeinschaft. Ali wich nach Mesopotamien aus, um die Charidschiten zu bekämpfen. Drei Jahre später wurde er durch einen von ihnen in Kufa umgebracht.

„Ali“, so schließt Henri Massé, „hat sich durch Unversöhnlichkeit und Ungeschick ausstechen lassen, aber der Charakter eines Ritters ohne Furcht und Tadel, die idealistische Grundhaltung, welche ihm die Überlieferung nachsagt, und die Schicksalsschläge, die ihn trafen . . ., all das verlieh ihm den Nimbus eines Märtyrers; und es ist kein Wunder, wenn der schiitische Islam ihn als Heiligen verehrt.“

Bildliche Darstellungen tragen im Iran dazu bei, Alis Verehrung beliebt zu machen. Der schmucklose Rahmen, den man auf dem Schreibtisch manches hohen Beamten bemerkt, umschließt nicht, wie man meinen könnte, das Porträt seiner Frau oder seiner Kinder, sondern dasjenige des Imams Ali. Serienmäßig hergestellte Stiche und Farbproduktionen von Ali – gelegentlich zusammen mit seiner Frau Fatima und ihren beiden Söhnen Hassan und Hussein sowie dem Enkel Mohammed – werden an Verkaufsständen auf Straßen und Plätzen und in den Läden des Basars feilgeboten. Man findet die Bilder sogar an den Wänden im Innern der Moscheen, was bei den Sunniten unvorstellbar wäre. Die Schia hat also eine durchaus eigenständige Gefühlswelt entwickelt.

Husseins Märtyrertod

Nach Alis Tod wurde sein ältester Sohn *Hassan* zum zweiten Imam gemacht. Wenig später jedoch schloß er sich den Sunniten an. Sein jüngerer Bruder, *Hussein*, wurde an seiner Stelle gewählt und wartete zunächst in Medina den Gang der Dinge ab. Unter dem Eindruck eines zu optimistischen Lageberichts, den einer seiner Kuriere geliefert hatte, entschloß er sich endlich zur Reise nach Kufa. Dort wollte er sich an die Spitze eines Aufstands der Parteigänger Alis stellen. Nur ein paar Getreue begleiteten ihn, und noch bevor er die Stadt erreichte, wo die Rebellion bereits niedergeschlagen worden war, stieß er in *Kerbela* (ein wenig nördlich von Nedschef) auf einen sunnitischen Reitertrupp. Er kämpfte tapfer, mußte aber der Übermacht weichen und kam mit allen Gefolgsleuten um.

Dieses dramatische Ereignis fand am 10. *Muharram* im Jahre 61 der Hedschra (d. h. am 10. Oktober 680) statt. Auf dieses Datum fällt die sogenannte *Aschura*, ein Feiertag, der bei den Schiiten seinen ursprünglichen Sinn verlor und nun das „Martyrium des Imams“ zum Inhalt hat.

Die Vernichtung des jugendlichen, untadeligen und heroischen Imams und seiner Anhänger wurde zum erhabenen Opfergang stilisiert. Zweifellos fanden die schiitischen *Aschura*-Feierlichkeiten im Irak (besonders in *Kerbela* und in *Kadhimein*, einer Vorstadt von Bagdad) ihre dramatischste Entfaltung und ihren stürmischsten Ausdruck, jedenfalls bis zu den in jüngster Zeit durch den Staat verfügten Einschränkungen. Mit dem 1. Tag des heiligen Monats *Muharram* setzen neun volle Tage des Betens und Wehklagens ein, welche die Pilger in eine immer überschwenglichere Stimmung hineinsteigern. Vom frühen Morgen des 10. *Muharram* an wälzt sich eine lange Prozession von Gläubigen in tranceartigem Zustand durch die Straßen. Sie stimmen Hymnen an, schwingen schwarze Fahnen mit goldgestickten Koranversen, schlagen sich mit Ketten oder Metallgegenständen

auf Brust und Gesicht, fügen sich mit Messern Verletzungen zu, so daß ihre weißen Gewänder bald mit Blut befleckt sind. In der Mitte des Zuges stellt ein Schimmel Husseins Reittier dar. Flanken und Zaumzeug sind blutüberströmt, und der Sattel ist mit Pfeilen gespickt, zum Andenken an die Pfeile, die den Reiter niederstreckten. Ferner werden Nachbildungen der Grabstätte des Imams und seiner Bewaffnung zur Schau getragen. Eine dramatische Darbietung, den christlichen Passionsspielen des Mittelalters vergleichbar, setzt das letzte Gespräch des Imams mit den Seinen in Szene und läßt Ali, Mohammed und mehrere Propheten auftreten. Das Ganze ist eingerahmt von Rezitationen, Elegien und Schmerzensschreien. Zuletzt werden Kampf und Tod Husseins und seiner Gefährten aufgeführt, und es fehlt nicht einmal das mit abgeschlagenen Köpfen übersäte Schlachtfeld, dargestellt von Statisten, die bis zum Hals im Sand stecken und manchmal unter ihrer Last wirklich umkommen. Überdies versammeln sich manche Fanatiker in schwarz drapierten Räumen, wo sie sich gegenseitig den nackten Oberkörper blutig geißeln, bis sie vor Erschöpfung zu Boden sinken.

Der 1. *Muharram* 1399 entsprach dem 1. oder 2. Dezember 1978 (und der 10. *Muharram* dem 10. oder 11. Dezember, wobei ein gewisser Unsicherheitsfaktor bei der Umrechnung besteht). In der Trauerzeit zwischen diesen beiden Daten brachen die Unruhen in Teheran und anderen iranischen Städten mit neuer Heftigkeit aus; die Volksbewegung gipfelte in einer grandiosen, friedlichen Trauerkundgebung.

Am traditionellen „Vierzigsten Tag“ der Trauerfeier pflegte man in Kerbela „die Rückkehr von Husseins Haupt“ aufzuführen. Das makabre Beutestück war von dem Kommandanten des Omaidentrupps, der Hussein und die Seinen erschlagen hatte, in einem am Sattelknäuf befestigten Beutel nach Damaskus geschafft worden. Nach schiitischer Überlieferung soll die geschändete Reliquie zum Entsetzen der Mörder auf der ganzen Wegstrecke Wunder gewirkt haben. *Jazid*, der Omaidenkalf, habe den Mord verurteilt und Husseins Haupt seiner Witwe und seinem Sohn zurückgegeben. Diese hätten die Reliquie nach Kerbela gebracht.

Das Drama von Kerbela hat bei den Schiiten tiefe Spuren hinterlassen. Ihre Frömmigkeit, die seither von diesem quasi göttlichen Opfer angeregt wird, inspiriert ebenso sehr die bedeutendsten Mystiker, wie sie die Emotionen der Volksmassen weckt. Die Sunniten kennen nichts Vergleichbares.

„Der verborgene Imam“

Nach der Katastrophe von Kerbela nahm die kleine schiitische Gemeinschaft – trauernd, zerstreut und verfolgt – „das Gesicht einer leidenden Kirche“; sie bangte sogar um ihr Überleben. So nahm sie zur Geheimhaltung Zuflucht, um für Ali trotz aller drohenden Gefahren noch einige Getreue retten zu können. Unter Berufung auf einige vage Anweisungen des Korans und „durch die Umstände gezwungen, nicht aus freier Entscheidung ... lebte die Schia ... ein echtes Untergrunddasein. Es führte dazu, daß bei ihren Anhängern die Tendenz aufkam, den eigenen Glauben zu verheimlichen und im Falle von Gefahr von den Vorschriften des Kultes zu dispensieren“ (Henri Massé, a.a.O. S. 153). Nicht nur extreme Schiitengruppen, etwa die Ismailiten, praktizierten so das, was die Araber *taqija* und die Iraner *kitman* nennen: die „Zwölfer-Schia“ selbst machte daraus im Laufe der Zeit immer eindeutiger ihr Kennzeichen. Diese Praxis ging anscheinend über die „Mentalrestriktion“ der gängigen Übersetzungen hinaus und wurde zu einer immer sy-

stematischer betriebenen „religiösen Verheimlichung“, die mit dem Willen zu einem sozusagen esoterischen Bekenntnis einherging.

Wenn man Ali schon nicht mehr öffentlich anrufen durfte, so war man es nicht zufrieden, nur im stillen Kämmerlein zu ihm zu flehen. Man versuchte, den an ihn erinnernden Symbolen Verbreitung zu verschaffen. Sein Name, aus dem in der arabischen Schrift eine Art Arabeske wird, wurde in verschlungenen Schriftzügen auf Teppiche geknüpft. Die Palmen, die man in Gruppen von je fünf pflanzte, sollten Alis Familie versinnbildlichen. Schiitische Baumeister und Steinmetzen führten bei den Sunniten in Bagdad das Kreuzgewölbe ein: es sollte auf geheimnisvolle Weise das vollkommene, vom *Imam* beherrschte Gleichgewicht darstellen, eine geheime mystische Ordnung, der nun auch – ohne ihr Wissen – die Sunniten unterworfen sein würden. All diese Wege benützte man, bis die Machtübernahme durch einen schiitischen Lokalherrscher bzw. das Wohlwollen eines großzügigen oder skeptischen sunnitischen Fürsten die öffentliche Bezeugung von Alis Kult gestatteten.

Vielleicht darf man hier den Schlüssel zu manchen gegenwärtigen Verhaltensweisen des iranischen Volkes vermuten: stilles Ausharren in der Prüfung, geduldiges Verschweigen der Kritik. Tätigkeit geheimer Zellen im Untergrund. Infiltration des aktivistischen Ferments in die verschiedenen Schichten der Gesellschaft und – sobald die Staatsmacht auch nur ein Zeichen von Schwäche erkennen ließ – einhellige, gigantische Massenungebungen.

Während der zwei Jahrhunderte nach Husseins tragischem Ende führte die Schia so einen gefährlichen Überlebenskampf. Sie bewies eine unbändige Vitalität, von der die Vielfalt ihrer fruchtbaren Zweige Zeugnis ablegt, aber gleichzeitig wurde sie durch innere Auseinandersetzungen und durch die Verfolgungen auf eine harte Probe gestellt. Vom dritten bis zum elften *Imam* war auch nicht einer, der eines natürlichen Todes gestorben wäre; ziemte es sich übrigens nicht, daß alle wie Ali und Hussein als Märtyrer endeten?

Der achte *Imam* ist der einzige, der im Iran begraben ist. Aber seine äußerst fromme Schwester hat in Qum eine überaus prächtige Grabstätte erhalten, und zwar unter demselben Felsendom, der gewöhnlich den *Imamen* vorbehalten war. Diese in der Nähe von Teheran gelegene Stadt ist ein berühmter Mittelpunkt mystischer Frömmigkeit und theologischen Studiums geworden.

444 Nachkommen Alis haben auf den Friedhöfen von Qum ihre letzte Ruhestätte gefunden. Die schiitische Frömmigkeit ehrt die unzähligen *imamsade* (Abkömmlinge der *Imame*) sowohl zu ihren Lebzeiten wie nach ihrem Tod. Über das ganze Land sind ihre Grabmäler verstreut; oft sind sie mit bläulichen Fayence-Kuppeln überdeckt und von bescheidenen Pilgergräbern rings umgeben. All diese Stätten sind Brennpunkte der Volksfrömmigkeit.

Aber unter einer dieser azurfarbenen Kuppeln verbirgt sich in Samarra (Irak) eine besonders eigentümliche Gedenkstätte: der Ort nämlich, an dem 878 der zwölfte *Imam* entrickt wurde. War es eigentlich konsequent, daß die schiitische Berufung zum Schweigen und zur Verheimlichung zuletzt in dieser geheimnisumwobenen „Verbergung“ des *Imam* endete? Der letzte offenbare *Imam* war kaum dem Kindesalter entwachsen und war gerade in sein Amt eingesetzt worden, als aus ihm so „der verborgene *Imam*“ wurde. Unter diesem Titel sind dem zwölften *Imam* ein langes mystisches Fortleben, eine geheimnisvolle Realpräsenz und eine providentielle Wiederkunft sicher. Er trägt den Namen *Mohammed al-Mahdi al Muntasar*. Der *Mahdi* wird am Ende der Zeiten zu den

Menschen zurückkehren, um ein kurzes goldenes Zeitalter vor dem Jüngsten Gericht einzuleiten; er wird die Welt mit Gerechtigkeit erfüllen, wie sie vorher mit Bosheit gesättigt worden war. *Al-Muntasar* bedeutet „der Ersehnte“.

Aber bereits vor seiner Rückkehr in naher oder ferner Zukunft spielt „der verborgene Imam“ eine ungeheure Rolle bei den Schiiten. Auf mystische Weise ist er als oberster Herrscher gegenwärtig. Konkret tritt an die Stelle seiner dogmatischen Autorität diejenige der Gelehrten, in deren Händen die Auslegungsvollmacht liegt.

Die ganze Originalität des iranischen politischen Systems rührt von diesem Glaubensartikel her

Ein schiitisches Reich unter der Aufsicht der Gelehrten

Die Vergeistigung des Imamats infolge der mystischen Abwesenheit seines zwölften Inhabers und die dauernde Verfolgung der Schiiten haben Irans Geschichte während eines Jahrtausends geprägt. Die Iraner haben sich daran gewöhnt, zwischen der konkreten Realität irdischer Mächte – allesamt gleich unrechtmäßig, aber je nach dem Grad ihrer Gerechtigkeit mehr oder weniger akzeptabel – und der idealen Legitimität eines verborgenen Herrschers zu unterscheiden, dessen irdische Vertreter befugt sind, die Machthaber zu beraten und sie gegebenenfalls öffentlich zu rügen.

Am Ende des 14. Jahrhunderts war der letzte große Eroberer, der Türke und Sunnit *Tamerlan*, paradoxerweise die entfernte Ursache für das Wiedererstehen des Irans. In Erdebil (im Nordosten des Landes) errichtete er eine Niederlassung der Bruderschaft der *Safawiden*. Sie waren von *Mussa*, einem Nachfahren des 7. Imams, gegründet worden. Aus ihnen ging 100 Jahre später die mächtige iranische Dynastie gleichen Namens hervor. Gegen den Widerstand der sunnitischen Ottomanen und trotz schwerer Niederlagen setzte Schah *Isma'il* die Renaissance Irans unter schiitischem Vorzeichen durch. Schah *Abbas*, sein Nachfolger, verlieh dem Land im 17. Jahrhundert einen bisher ungeahnten Glanz. Aber trotz ihrer Eigenschaften als *imamsade* oder vielmehr wegen der schiitischen Überzeugung, die sich damit verbindet, wollten die *Safawiden* nur eine „weltliche“ und auf jeden Fall vorläufige Dynastie begründen. Übrigens wiesen sie selber symbolisch darauf hin: in den kaiserlichen Stallungen von Isfahan standen jederzeit zwei Pferde bereit, das eine für den *Mahdi*, das andere für seinen unentbehrlichen Knappen. So sollte der Imam in jedem Augenblick seine Entrückung verlassen und die Herrschaft übernehmen können. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Gelehrten mit seiner Interpretationsvollmacht ausgerüstet: sie gaben Rat, wachten über die Verträglichkeit staatlicher Erlasse mit dem religiösen Gesetz und übten im Bedarfsfall öffentliche Kritik.

Seit der Epoche der *Safawiden*, so liest man gelegentlich in den Handbüchern, sei aus Iran ein schiitisches Staatswesen geworden. Die Formulierung muß nuanciert werden; gemäß dem von den *Safawiden* begründeten System verfügt der Herrscher nur über eine faktische Autorität; im Grunde handelt es sich um die einzige Regierungsform im islamischen Raum, die man mit einigem Recht als „westlich“ bezeichnen kann.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts kam es zu einer Modernisierung der iranischen Institutionen, aber ohne daß man von der durch die *Safawiden* aufgestellten Grundnorm abgegangen wäre. Das erste iranische Parlament wurde feierlich „in Gegenwart des verborgenen Imams“ eröffnet. Die Verfassung von 1906 erhielt 1907 einen Zusatz, wonach der Herrscher – aufgrund gnädiger Verfügung des Imams – gemäß den Empfehlungen der

Gelehrten das Parlament bilden sollte. Die Gesetze, so hieß es ausdrücklich, dürften „den heiligen Vorschriften des Islams und den Lehren des Propheten nicht widersprechen“. Zu diesem Zweck wurde ein aus fünf Mitgliedern bestehender Gelehrtenrat konstituiert, der freilich seit 1912 nicht mehr eingesetzt wurde. Das Parlament wählte sie aus einer Liste von 20 Namen, die die Gelehrten zusammengestellt hatten. Aufgabe dieses Rates sollte es sein, darüber zu wachen, daß dem Islam zuwiderlaufende Projekte und Gesetzesvorlagen zurückgewiesen würden und niemals Rechtskraft erlangen könnten.

Die Gelehrten und die Pahlawi-Dynastie

Im Jahre 1925 zettelte *Resa Khan* (der Vater von Schah Resa Pahlawi) angesichts des Zerfalls der Kadscharendynastie einen nationalistischen Staatstreich an. Die religiösen Führer rieten ihm von der Gründung einer Republik ab. Die neue *Pahlawi*-Dynastie unternahm dennoch Anstrengungen, um die Autorität der schiitischen Hierarchie zu begrenzen; diese verlor einen Teil ihrer Einnahmequellen, indem der Staat die Verwaltung der frommen Stiftungen an sich riß; überdies wurden die traditionellen Kundgebungen anläßlich der schiitischen Hauptfeste eingeschränkt und so die Einflußmöglichkeiten der religiösen Hierarchie auf das Volk vermindert. Die Schiiten holten zum Gegenschlag aus. Ihr damaliger Hauptführer *Kaschani* schloß sich 1950 der nationalistischen Bewegung *Mossadeghs* an. Der Widerstand dehnte sich auf ein weniger geeignetes Gebiet aus, als sich die Schiiten gegen die Agrarreform und verschiedene andere Modernisierungsmaßnahmen zur Wehr setzten. Der Protest verschärfte sich bei großangelegten Trauerdemonstrationen zum Gedenken an die Opfer staatlicher Repression, was schließlich zum Exil des Ayatollah *Khomeini* führte. Mit den Kundgebungen von 1978 und der Revolution von 1979 erreichte die schiitische Oppositionsbewegung ihren im Grunde lange hinausgeschobenen Höhepunkt.

Ob diese politischen Entscheidungen glücklich waren oder nicht – die schiitischen Führer trafen sie jedenfalls im Bewußtsein, daß dies zu ihrer Aufgabe als Vertreter der Macht des verborgenen Imams gehöre. Sie sind eben die *mudschtahid*, d. h. diejenigen, die die Anstrengung der Interpretation unternehmen. Auf diese Weise spielen sie eine viel bedeutendere Rolle als die *Ulema*, ihre „Kollegen“ im sunnitischen Lager. Denn die Sunniten haben das Gesetz schon seit dem 8. Jahrhundert als eine fixierte, abgeschlossene und fortan unveränderliche Größe betrachtet; „das Tor der Anstrengung (der Interpretation)“ ist in ihren Augen geschlossen. Die *mudschtahid* sind es, die der Vollmacht des Imams Dauer verleihen. So ist die schiitische Gemeinschaft die einzige im Islam, die über eine Art Klerus verfügt. Die Gelehrten, ihre Mitarbeiter, die Kultangestellten, all jene schließlich, die von den Imamen abstammen, bilden ein Ganzes, einen gemeinschaftlichen Rahmen. Diese Gemeinschaft gipfelt in einer Hierarchie, die unter Berücksichtigung der Gelehrsamkeit durch Kooptation gebildet wird. Außer dem Ayatollah *Khomeini* gehören dazu die Ayatollahs *Schariat Madari*, *Golpaighani*, *Maraschi*, *Ruhani* (in Qum); *Schirasi*, *Ghuri* (in Mesched); *Khosai* (in Teheran); überdies – außerhalb Irans – der Ayatollah *Khoi* (in Nedschef/Irak).

Der Ayatollah *Ruhallah Khomeini* ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt ihr Wortführer – wegen aufgrund seines theologischen Wissens, das seine Kritiker für mittelmäßig halten, als wegen seines unerschrockenen Auftretens gegen die Staatsgewalt. Seit 15 Jahren rügt er öffentlich die Maßnahmen des Schahregimes, und zwar selbst da, wo diese auf eine

echte Modernisierung abzielen und durch Volksabstimmung gebilligt worden sind. Khomeini ist der Ansicht, diese vom Egoismus und vom Willen zur Macht inspirierte Politik lasse die Nation in den sozialen, materiellen und moralischen Ruin abgleiten. Zusätzlich zur kleinen Gruppe der höchsten Gelehrten und zur Schar der Ayatollahs, die über das ganze Land verstreut sind, gibt es im Iran sehr viele religiöse Persönlichkeiten, die das Feuer der Volksfrömmigkeit unterhalten.

Da sind zunächst die *motawalli*, die „Wächter“ der bedeutendsten Heiligtümer, und die *hodschatelislam* („Beweise des Islams“), die in den islamischen Instituten unterrichten. Daneben gibt es ein mehr oder weniger hierarchisch organisiertes Kultpersonal. Den Titel *mullah* tragen im Iran über 100 000 Männer; ihre Gelehrsamkeit und Frömmigkeit sind zweifellos von sehr unterschiedlicher Qualität, aber sie zeichnen sich doch durch ihre Frömmigkeit aus. Schließlich zählt man etwa 600 000 *sayid* und 500 000 *mirsa*, die entweder väterlicher- oder mütterlicherseits von der Familie des Propheten abstammen. Diejenigen, die ein eindeutiger Stammbaum als Abkömmlinge eines Imams ausweist, heißen – wie schon erwähnt – *imamsade*.

Dieser mächtigen und komplizierten Organisation, die sich auf den islamischen Glauben beruft, eine jahrhundertelange Tradition ihr eigen nennt und über eine unleugbare Popularität verfügt, steht die Staatsmacht gegenüber. Erst seit der Machtübernahme durch die Pahlawi-Dynastie vor 50 Jahren ist es dem Staat gelungen, ein Bild der Stärke zu vermitteln; seine Grundlagen sind das Bekenntnis zur Monarchie, ein gewisses Verständnis des Nationalismus, die massive Industrialisierung und eine riesige Armee.

Eine „islamische Republik“?

Aber für die iranischen Schiiten ist diese Macht kaum von Belang, solange sie sich weder als moralisch noch als gerecht ausweist. „Der schiitische Islam“, schreibt ein iranischer Fachmann, „ist eine dauernde Opposition gegen jede Ungerechtigkeit. . . In dieser Zeit der kulturellen und technischen Vorherrschaft des Westens wird das, was dem Islam heilig ist, zu einem Faktor der Abwehr und einem Element des Überlebens“ (N. Jamal el-din). Es ist deshalb sinnlos, in den Erklärungen des Ayatollah Khomeini das Fehlen eines nicht bloß negativen Programms zu beanstanden. Übrigens hat der Schiitenführer durchaus nicht verschwiegen, wie eine islamische Republik aussehen würde: „Sie wird den gleichen Sinn haben wie anderswo. Aber ihre verfassungsmäßige Grundlage werden die Gesetze des Islams sein. Gesetze und Verordnungen werden auf dem Koran beruhen. Letzten Endes wird das Volk über die Institutionen zu bestimmen haben, also wird es sich um die Demokratie des Volkes handeln“ (Le Monde, 30. 9. 1978).

Allerdings: ihrem Wesen nach besteht die Rolle der *mudschtahid*, der Interpreten und Stellvertreter des Imams, nicht in politischer oder verfassungsrechtlicher Initiative, sondern in der öffentlichen Kritik an der Tätigkeit der jeweiligen Regierung. Das Originelle an der gegenwärtigen Bewegung im Iran ist, daß diese Kritik die Massen mobilisiert, daß sie eine revolutionäre Begeisterung auslöst, die nach einem Führer ruft. Der Ayatollah Khomeini wird so dazu gedrängt, Funktionen zu übernehmen, die sich von denen, die ihm die Tradition zuschreibt, ziemlich stark unterscheiden.

Vermutlich wird sein Verhalten künftig weniger von traditionell fixierten Regeln und Gebräuchen abhängen als von den wechselnden Umständen und von den Überlegungen, die sie ihm einflößen werden.

Pierre Rondot, Lyon

Bürgerrechtsinitiativen in Osteuropa

Es ist still geworden um die Menschenrechte, die zu Beginn der Ära Präsident Carters so hochgemut aufgegriffen worden waren. Die Hoffnungen liegen allenthalben am Boden. Um so wichtiger ist die ständige Erinnerung an die weltweite Verweigerung und Verletzung von Menschenrechten sowie an die vielen Initiativen von einzelnen Menschen und kleinen Gruppen, die für eine Verwirklichung der Menschenrechte in ihrem

Bereich kämpfen. In Europa berufen sich solche Initiativen vor allem auf die KSZE-Konferenz von Helsinki im Jahr 1975.

Wenn in folgenden Texten aus Osteuropa und der Sowjetunion dokumentiert werden, dann nicht, um politisch oder ideologisch Partei zu ergreifen, sondern weil der «Materialdienst» seit je diesem Bereich seine besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat.

Das Schweizer Institut «Glaube in der 2. Welt» hat in seiner gleichnamigen Zeitschrift unter dem Titel „Osteuropäische Bürger werden initiativ“ in den Nummern 11/1978 und 1/1979 eine breite Dokumentation zu dieser Problematik aus der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Polen und Rumänien, aus Bulgarien, Ungarn, der DDR und Jugoslawien vorgelegt.

Sie geht aus von dem „Kompromiß von Helsinki, wo sich Moskau die Garantie seines territorialen Besitzstandes einigte, aber bloß verbal gemeinte Zugeständnisse im Bereich der Menschenrechte und der humanitären Erleichterungen kosten ließ“ Allerdings, stellt die Einleitung weiter fest, hätten Menschen in Osteuropa „mit dem Mute der Verzweiflung ihre Regierungen beim Wort genommen“: „Professor Andrej Sacharow, die Helsinki-Gruppen, Bürgerrechtsbewegungen, polnische Selbstverteidigungskomitees, die Charta '77, religiöse Gemeinschaften, nationale Widerstandsgruppen“.

Das Spektrum der Menschenrechtskämpfer und -initiativen ist tatsächlich inzwischen außerordentlich breit und bunt. Das beweist, wie tief die Impulse der Menschenrechtsbewegung gerade in die sozialistischen Staaten Osteuropas eingedrungen sind und wie wichtig sie – ganz unabhängig von der ideologisch belasteten Ost-West-Diskussion – als Maßstab und Ermutigung für die dort lebenden Menschen geworden sind.

Das erste der beiden Hefte von «Glaube in der 2. Welt» ist ganz auf die Sowjetunion beschränkt. Es gliedert das Material in eine Reihe von Problemereichen. Diese Gliederung mag als Rahmen zur Einordnung auch anderer Informationen und Texte nützlich sein: die Helsinki-Gruppen, Ausreisebewegungen, nationale Selbstbestimmung, Hilfe für politische Gefangene, Arbeitskommission gegen den Mißbrauch der Psychiatrie, Religionsfreiheit. Das zweite Heft ist nach Ländern geordnet.

Die folgende Auswahl aus der Dokumentation bildet nur einen knappen Ausschnitt aus dem viel umfassenderen und vielschichtigeren Material.

Die Moskauer Helsinki-Gruppe

Die Moskauer Helsinki-Gruppe wurde am 12. Mai 1976 unter dem Namen „Förderungsgruppe zur Erfüllung der Beschlüsse von Helsinki in der UdSSR“ von elf teilweise prominenten Bürgerrechtlern gegründet. In ihrer ersten Erklärung, in der die Gruppe sich selbst, ihre Aufgaben und Ziele vorstellt, heißt es: „Als ihr vornehmstes Ziel betrachtet die Gruppe die Information aller Regierungschefs, die die Schlußakte vom 1. August 1975 unterschrieben haben, sowie die Unterrichtung der Öffentlichkeit über Fälle direkter Verletzung“ der humanitären Artikel der Schlußakte. „Zu diesem Zweck nimmt die Gruppe schriftliche Beschwerden von Sowjetbürgern entgegen, die diese persönlich betreffen und die Verletzung der obengenannten Artikel zum Inhalt haben; sie überreicht diese Beschwerden allen Regierungschefs, die die Akte unterzeichnet haben, und legt sie der Öffentlichkeit vor... In ihrer Tätigkeit gehen die Mitglieder der Gruppe von der Überzeugung aus, daß die Fragen der Menschlichkeit und die offene Information in direkter Beziehung zu den Problemen der internationalen Sicherheit stehen. ...“

Die sehr fundierten, um höchste Objektivität und Akribie bemühten Berichte überzeugen durch den sachlichen und maßvollen Ton, in dem hier Willkür, Unterdrückung und vielgestaltiges Elend geschildert werden. Es zählt zu den besonderen Verdiensten der Helsinki-Gruppe, daß sie auch die sozialen Nöte der Arbeiter zur Sprache bringt. ...

Unmittelbar nach der Bekanntgabe über die Bildung der Moskauer Helsinki-Gruppe war Professor Orlov am 15. Mai letzten Jahres auf offener Straße festgenommen und zum Verhör gebracht worden, wo ihm KGB-Beamte wörtlich erklärten: „Falls Ihre illegale (sic!) Gruppe fortfährt, die friedliebenden Absichten der Sowjetunion in Zweifel zu ziehen, werden gerichtliche Schritte gegen Sie eingeleitet.“

(aus einer Einleitung von Cornelia Gerstenmaier)

Das Schicksal der Gründungsmitglieder

So gestaltete sich das Schicksal der Gründermitglieder, deren Namen samt voller Adresse unter dem Dokument Nr. 1 steht:

Ljudmila Alekseeva: Gründungsmitglied, geb. 1928, Historikerin, emigrierte am 22. Februar 1977 in den Westen. Lebt heute in den USA und vertritt die Helsinki-Gruppe im Ausland.

Michail Bernstam: Gründungsmitglied, emigrierte am 29. September 1976.

Elena Bonner: Gründungsmitglied, geb. 1923, Gattin des Akademiemitglieds A. Sacharov, lebt in Moskau und ist ständigen Drohungen ausgesetzt.

Aleksandr Ginzburg: Gründungsmitglied, geb. 21. November 1936, Publizist. Verbüßte Strafen von 2 und 5 Jahren Lagerhaft, von 1960–62 und von 1967–72. Am 3. Februar 1977 verhaftet und nach 17 Monaten Untersuchungshaft im Juli 1978 zu 8 Jahren Haft in einem Spezialarbeitslager in der Mordwinischen ASSR verurteilt.

Pjotr Grigorenko: Gründungsmitglied, geb. 16. Oktober 1907, ehemaliger Armeegeneral, als politischer Gefangener in Psychiatrischen Kliniken von 1964–65 und von 1969–74, seit 30. November 1977 in den Vereinigten Staaten, wohin er für eine medizinische Behandlung ging. Am 30. 11. 1977 wurde er zwangsweise ausgebürgert.

Aleksandr Korcak: Gründungsmitglied, Physiker und Professor Seit Mitte 1977 inaktives Mitglied der Helsinki-Gruppe.

Malva Landa: Gründungsmitglied, geb. 1918, Geologin, trat 1973 in den Ruhestand. Am 31. Mai 1977 zu 2 Jahren Verbannung verurteilt. Am 30. Juni trat das Urteil in Kraft, am 6. Juli wurde sie in das Dorf Versino-Sachtaminskij (bei der chinesischen Grenze) gesandt. Im Zuge der Amnestie anlässlich des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution wurde sie im März 1978, nach 8 Monaten Verbannung, entlassen. Sie lebt in Moskau und arbeitet wieder aktiv in der Helsinki-Gruppe mit.

Anatolij Marcenko: Gründungsmitglied, geb. 1938, Arbeiter und Schriftsteller, verbüßte Strafen von 6, 1 und 2 Jahren von 1960–66, 1968–69 und 1969–71 in Gefängnissen und Arbeitslagern strengen Regimes. Am 31. 3. 1975 zu 4 Jahren innerer Verbannung verurteilt, welche er in Chuna (Gebiet Irkutsk) verbüßt.

Jurij Orlov: Gründungsmitglied und Leiter der Gruppe. Geb. 1924, Physiker und Professor, korrespondierendes Mitglied der armenischen Akademie der Wissenschaften. Am 10. 2. 1977 festgenommen und am 18. 5. 1978 wegen antisowjetischer Agitation und Propaganda zu 7 Jahren Freiheitsentzug und anschließender 5jähriger innerer Verbannung verurteilt.

Vitalij Rubin: Gründungsmitglied, Sinologe und Professor, jüdischer Aktivist, emigrierte am 17. Juni 1976.

Anatolij Scaranskij: Gründungsmitglied, geb. 20. 1. 1948; Mathematiker, jüdischer Aktivist. Seine Frau Natalja emigrierte am 4. 6. 1974 nach Israel, einen Tag nach der Hochzeit. Scaranskij wurde am 15. 3. 1977 festgenommen und am 14. Juli 1978 wegen „Landesverrat in Form von Spionage und Unterstützung eines ausländischen Staates bei seiner feindseligen Tätigkeit gegen die UdSSR sowie antisowjetische Agitation und Propaganda“ zur Höchststrafe von 13 Jahren Freiheitsentzug verurteilt.

Meine Überzeugung

Der armenische Diakon Robert Nazarjan ist Mitbegründer einer armenischen Helsinki-Gruppe. Den folgenden Brief an den Staatssicherheitsdienst der Armenischen SSR schrieb er nach einer vorübergehenden Festnahme.

Der Mensch ist ein freies göttliches Wesen, und für seine volle harmonische Entwicklung ist es unumgänglich, daß seine Rechte, seine Grundfreiheiten und seine Würde nicht mit Füßen getreten werden.

Unter Anleitung der oben erwähnten ungeschmälernten Menschenrechte habe ich es als Pflicht meines eigenen Gewissens und Denkens angesehen, die wegen ihrer Überzeugungen und ihrer nationalpolitischen Tätigkeit zu 2 bis 10 Jahren verurteilten armenischen Patrioten durch brieflichen Kontakt mit geistiger Nahrung zu versorgen, damit sie den Glauben und die Hoffnung an die Zukunft, den Glauben an den Menschen und an den endgültigen Sieg der Gerechtigkeit und des Guten nicht verlieren. Darüber hinaus habe ich, ebenfalls auf Geheiß meines Gewissens, seit Februar 1976 Hilfgelder für politisch gefangene armenische Patrioten und deren Familien gesammelt.

Ich kann nicht anders als auf Befehl meines eigenen Gewissens und Denkens handeln, ob

es nun mit der herrschenden Meinung und Ideologie übereinstimmt oder nicht. Ich finde, der Mensch hat das Recht, frei zu denken. Seine Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit müssen geachtet werden. Auch die Sowjetunion, deren Bürger ich bin, hat internationale Dokumente dieser Art unterzeichnet. Darunter sind die Charta der Vereinten Nationen, die allgemeine Erklärung der Menschenrechte, der internationale Pakt über die zivilen und politischen Rechte und die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki vom 1. August 1975.

1971 beendete ich mein Studium an der naturwissenschaftlichen Fakultät der staatlichen Universität Erevan, und 1973 absolvierte ich das Priesterseminar Eĉmiadzin; ich bin ein religiöser Mensch. Auch ich denke und handle so, wie mein Gewissen es mir gebietet. Meine Briefe an politisch gefangene armenische Patrioten und die Sammlung von Spendengeldern zur Hilfe an Familien von politischen Gefangenen sind in meinen Augen ein wohlütiges Werk und eine ehrenvolle Handlung. Sie sind weder eine Verleumdung der Sowjetunion, noch schaden sie der sowjetischen Gesellschaft. Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, daß mir wegen dieser humanen Handlung antisowjetische Ideen und anti-staatliche Tätigkeit zur Last gelegt werden.

Und jetzt, da die Zeit der Glaubensprüfung gekommen ist, erkläre ich Ihnen, daß ich ein Mensch mit solchen Gedanken und Überzeugungen bin. Wenn es in der Sowjetunion unzulässig ist und bestraft wird, in einer beliebigen Frage freie, unabhängige Überzeugungen und Meinungen zu haben, bleibt nichts anderes übrig, als mich zu einer Gefängnisstrafe zu verurteilen. Oder ich verzichte auf die sowjetische Staatsbürgerschaft und bitte darum, mich ausreisen und in einem Land heimisch werden zu lassen, wo ich entsprechend meinen Überzeugungen frei denken und leben kann. Welche von beiden Möglichkeiten Sie vorziehen werden, überlasse ich Ihrem Gewissen und Wohlwollen! Möge Gottes Willen in Erfüllung gehen!

Erevan, 19. Februar 1976

R. Nazarian

Jüdische Ausreisebewegung

Den folgenden Brief haben 130 jüdische Sowjetbürger, die ausreisen wollen, an die Signatarstaaten der KSZE-Konferenz von Helsinki geschickt.

Sehr geehrte Herren,
vor mehr als drei Monaten haben 130 Juden aus 12 Städten der UdSSR sich mit der Bitte an Sie gewandt, für den Schutz unseres Rechts auf Repatriierung einzutreten. Wir schrieben, daß die gegenwärtige Lage auf dem Gebiet der Repatriierung über die zivilen und politischen Rechte steht, obwohl die Regierung der UdSSR auf der Konferenz von Helsinki sich zu dessen konsequenter Erfüllung verpflichtet hat. Wie wir in unserem Brief aufgezeigt haben, wird das Recht der Juden auf Emigration von der Gesetzgebung nicht gewährleistet; zusätzlich wird es von den Behörden mit Hilfe eines Systems von administrativen Maßnahmen absichtlich verletzt, indem die Abgabe von Ausreiseanträgen und der legale Kampf gegen unrechtmäßige Verweigerungen der Ausreise manchmal sogar durch die Verhängung von Strafen auf diesem Gebiet behindert wird. Gegenwärtig ist überhaupt keine Änderung zum Besseren eingetreten. Versuche, eine Antwort zu bekommen, minimale und elementare Forderungen haben nur zu Repressionen geführt.

So befanden sich vom 3.–5. Oktober 1977 mehr als 30 Familien von Leuten, denen die Ausreise verweigert wird, unter Hausarrest oder in sanitär-medizinischen Einrichtungen. Ein Ausreisewilliger wurde 15 Tage lang festgehalten, weil er in den Obersten Sowjet der UdSSR gelangen und Antwort auf die Frage erhalten wollte, warum man im Falle einer Absage keinen schriftlichen, gesetzlich begründeten Bescheid bekommt. Den Behörden schon länger bekannte friedliche und gesetzliche Wünsche von Ausreisewilligen stießen plötzlich auf unerwartete Repressionen. Mit Hausarrest antworteten die Behörden auf den Appell von 16 ausreisewilligen Frauen aus Moskau, die sich an das ZK der KPdSU wenden und Antwort darauf haben wollten, warum ihnen die Familienzusammenführung mit den in Israel lebenden Eltern verweigert wird.

Sogar am Tag der Menschenrechte (10. Dezember) wurden Ausreisewillige in Moskau und anderen Städten unter Hausarrest gestellt, aus Zügen herausgenommen oder verfolgt. An diesem Tag wurden drei der wenigen noch bestehenden Telefonanschlüsse gesperrt – angeblich wegen Mißbrauchs „zu antisowjetischen Zielen“. Am 24. Dezember, dem Tag der Solidarität mit den Gewissensgefangenen, standen mehr als 50 Juden unter Hausarrest oder befanden sich den ganzen Tag in Polizeigewahrsam.

Die Verfolgung von Ausreisewilligen wegen sogenanntem „Schmarotzertum“, wegen Militärdienstverweigerung u. ä. wurde nicht eingestellt, sondern verschärft. Statt einer Amnestie für alle Gewissensgefangenen, statt der Einstellung des sogenannten Falles Scaranskij, statt einer Normalisierung in der Ausreisefrage gibt es neue Repressionen, und wir sind erneut gezwungen, an Sie zu appellieren und Sie zu bitten, unsere Forderungen zu unterstützen:

1. Haftentlassung für die Gewissensgefangenen, die wegen ihres Strebens nach Rückführung in ihre historische Heimat und wegen ihres aktiven Kampfes um eine freie Auswanderung der Juden Repressionen erleiden.
2. Publikation eines Gesetzes, das festlegt, wie lange potentielle Repatrianten, die aus sog. Sicherheitsrücksichtungen nicht ausreisen können, in der UdSSR im Höchstdfall festgehalten werden dürfen, so daß eine reale Möglichkeit besteht, das Recht des Bürgers auf Emigration gerichtlich zu verteidigen.
3. Zu diesem Zweck sollen Verweigerungen der Ausreiseerlaubnis nicht mehr mündlich mitgeteilt werden dürfen; in schriftlicher Form muß der Grund der Verweigerung, das die Ablehnung nahegelegene Gesetz und die Dauer der Zurückhaltung in die UdSSR angegeben werden. Alle gerichtlichen Instanzen müssen Beschwerden von Bürgern über ungesetzliche Verweigerungen der Ausreiseerlaubnis prüfen.
4. Bürger, die emigrieren und gleichzeitig auf ihre Staatsbürgerschaft verzichten wollen, dürfen nicht in die Armee einberufen werden. Ein Staatsbürgerschaftsverzicht muß von den Behörden zügig und in Übereinstimmung mit dem Gesetz angenommen werden; wird der Antrag während des Militärdienstes gestellt, muß die Befreiung aus Geheimhaltungsgründen nach praktischen Regeln analysiert werden, d. h. der Militärdienst kann später kein Grund für weitere Ablehnungen der Ausreise sein.
5. Das Einreichen eines Ausreisegesuchs darf keine Statusverschlechterung für den Antragsteller oder für Mitglieder seiner Familie in bezug auf Arbeit, Tätigkeit, Bildung, Wohnverhältnisse usw. mit sich bringen.

Die Prozedur des Einreichens von Ausreisedokumenten muß vereinfacht und der Preis für die Ausreise herabgesetzt werden. Für die Erleichterung der Prozedur müssen folgende Forderungen aufgehoben werden: Vorliegen einer Einladung von Verwandten aus

Israel (Israel nimmt alle Juden auf), Einverständnis der hierbleibenden Verwandten und viele vom Gesetz nicht vorgesehene Dokumente.

Anfragen über materielle Forderungen seitens der hierbleibenden Verwandten müssen von den Emigrationsbehörden selber und unverzüglich durchgeführt werden. Streitfälle über materielle Forderungen müssen vor Gericht entschieden werden, unabhängig davon, welche Partei Anklage erhebt.

Die Repatriierungsgeschichte der letzten 7 bis 8 Jahre, die viele Tragödien hervorgebracht hat, zeigt, daß die Realisierung der oben aufgezählten Forderungen eine unumgängliche Bedingung ist, um Gesetzlosigkeit und Willkür in der Frage der Emigration von Juden zu beseitigen.

Moskau, 16. Januar 1978

Ungefähr 130 Juden aus elf Städten der UdSSR haben den Brief unterschrieben.

Gegen den Mißbrauch der Psychiatrie

An die Psychiater der Welt etc.

Der Mißbrauch der Psychiatrie zu politischen Zwecken ist eine der gefährlichsten Menschenrechtsverletzungen. Der Kampf gegen diese Verletzungen hat für die ganze Menschheit große Bedeutung. Aber er ist auch mit besonders großen Schwierigkeiten verbunden.

Die Behörden unseres Landes sind eifrig darum bemüht, alle Fakten über den Mißbrauch der Psychiatrie zu verheimlichen und wenden alle möglichen Repressalien gegen diejenigen an, die jenem Mißbrauch entgentreten wollen.

Kürzlich sind im Westen die Erinnerungen von Iosif Terelja veröffentlicht worden. Terelja berichtet mit bestechender Schlichtheit von den Schrecken der psychiatrischen Spezialklinik Sycevka. Die Gegenreaktion der Behörden erfolgte schnell – Terelja wurde erneut in die psychiatrische Spezialklinik eingesperrt. Wir rufen Sie dazu auf, öffentlich für seine Verteidigung einzutreten!

Heute droht Aleksandr Podrabinek die Abrechnung – er ist ein aktives und aufopferungsvolles Mitglied der „Arbeitskommission zur Erforschung des Mißbrauchs der Psychiatrie zu politischen Zwecken“ und hat auf diesem segensreichen Gebiete bedeutende Verdienste aufzuweisen. Er hat schon 15 Tage Haft gemäß dem bekannten Erlaß hinter sich, der oft zu ähnlichen Repressionen verwendet wird. Bei ihm und seinen Freunden wurden zahlreiche Haussuchungen durchgeführt; bei der letzten wurden auf provokatorische Weise Patronen ins Haus geschmuggelt. A. Podrabinek wird seit mehr als einer Woche von KGB-Agenten auf Schritt und Tritt verfolgt, so daß seine Bewegungsfreiheit in der Stadt eingeschränkt und er unverhohlenem moralischem und physischem Druck ausgesetzt ist. Wir wissen aus Erfahrung, daß bei einer solch „hautnahen“ Verfolgung die Verhaftung unmittelbar bevorsteht (so war es bei Scaranskij).

Wir rufen dazu auf, sich für die Verteidigung von Aleksandr Podrabinek einzusetzen. Die Abrechnung mit ihm muß und kann vereitelt werden.

12. Oktober 1977

Sofja Kallistratova
Naum Mejan
Petr Grigorenko
Andrej Sacharov

Polnische und tschechoslowakische Bürger solidarisieren sich

Erklärung

Zehn Jahre sind es her, daß die Armeen von fünf Staaten des Warschauer Paktes die Tschechoslowakei besetzt haben, um das Freiheitsstreben der dortigen Bevölkerung abzuwürgen. Damals wurde der Demokratisierungsprozeß in der CSSR, die Hoffnung des gesamten demokratischen Europas, gestoppt. Unter Berufung auf humanistische Worte hat die Gesellschaft der Tschechoslowakei eine Alternative zum totalitären System geschaffen. Im selben Jahr wurde die Freiheitsbewegung der polnischen Intelligenz mit Gewalt unterdrückt.

Die letzten zehn Jahre haben – allen Wortführern einer antidemokratischen Ordnung und einer Nicht-Souveränität des Volkes zum Trotz – die Lebenskraft der Idee des Prager Frühlings und der demokratischen Bewegungen der polnischen Gesellschaft klar gezeigt. Für die Treue zu diesen Ideen zahlten – und zahlen weiterhin – viele unserer Mitbürger einen hohen Preis: Ausschluß aus dem öffentlichen Leben, Verlust der Arbeit oder der Freiheit, manchmal sogar des Lebens.

Schwere Repressionen mußten auch unsere Freunde erdulden, die in der UdSSR und in anderen Ländern für die selben Ziele kämpfen und leiden.

Zum zehnten Jahrestag der Ereignisse des Jahres 1968 erklären wir, die wir uns zur Verteidigung der Wahrheit, der Menschen- und Bürgerrechte, der Demokratie, der gesellschaftlichen Gerechtigkeit und der nationalen Unabhängigkeit zusammengeschlossen haben, unseren gemeinsamen Willen zur Wahrung dieser Ideale und zum Handeln in deren Geiste. Die unveräußerliche Menschenwürde, dieser Wert, der dem Leben von Individuen und Völkern Sinn verleiht, ist die Quelle all unseres Strebens und Handelns. Es ist dies das tiefe Empfinden von Solidarität mit vielen Freunden auf der Welt, die dieselben Ideale anerkennen.

August 1978

Komitee zur gesellschaftlichen Selbsthilfe „KOR“ – Polen
Charta 77 – Tschechoslowakei

Christen sollen nicht am gesellschaftlichen Aufbau teilnehmen

Das folgende Dokument aus der Tschechoslowakei berichtet über den Fall von Pfarrer Miloslav Lojek. Er wurde im März 1978 zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt.

Am 19. Dezember 1977 wurde der evangelische Geistliche Miroslav Lojek, z. Z. Angehöriger der tschechoslowakischen Volksarmee, bis zum Beginn des Militärdienstes Arbeiter, der Aufwiegelung nach § 100 und der Gefährdung des politischen und moralischen Zustandes der Einheit nach § 288 des StGB beschuldigt.

Miloslav Lojek wurde am 6. 1. 1949 in Mlada Boleslav geboren. Er absolvierte die höhere technische Schule für Elektrotechnik in Kutna Hora und wurde im Jahre 1968 zum Studium an der elektrotechnischen Fakultät in Podybrady zugelassen. Hier studierte er zwei Semester und wechselte im Jahre 1969 auf die theologische Komenius-Fakultät in Prag über. Während seines Theologiestudiums befaßte er sich eingehend mit dem Problem der Gewaltlosigkeit, die auch Thema seiner Abschlußarbeit wurde. Nach Abschluß des Studiums im Jahre 1974 heiratete er und arbeitete zeitweilig als Arbeiter in der Zuckerfabrik Mlada Boleslav.

Anfang 1975 erhielt er die staatliche Bewilligung zur Ausübung einer geistlichen Tätigkeit in Kralovice bei Pilsen. Als evangelischer Geistlicher fühlte er sich ausschließlich für die geistliche Führung der ihm anvertrauten Gemeinde verantwortlich. Gleichzeitig war er sich seiner Verantwortung auch für zivile und öffentliche Angelegenheiten bewußt. In Kralovice, einer kleinen westböhmischen Stadt, nahm er an zwei öffentlichen Versammlungen des Orts-Nationalausschusses teil, auf denen sich die Bürger zur allgemeinen Situation in der Stadt äußern und gegebenenfalls Vorschläge zur Lösung verschiedenartiger Probleme machen sollten. Miloslav Lojek wies auf einige Mängel hin und zeigte gleichzeitig seine Bereitschaft, bei ihrer Beseitigung zu helfen. Sein öffentliches Auftreten stieß jedoch bei den führenden Vertretern der Stadt auf Unverständnis, obwohl der Vorsitzende des Orts-Nationalausschusses in Kralovice vor Beginn jeder öffentlichen Versammlung bekräftigte, er schätze es, wenn sich Kritik offen und nicht im Verborgenen äußere. Mit seinem weiteren Verhalten bewies er jedoch, daß er seine Worte nicht ernst gemeint hatte und den kritischen Auftritt von Miloslav Lojek unbegründeterweise auf sich bezog. Dem evangelischen Geistlichen wurde auf dem Orts-Nationalausschuß eine Rüge erteilt. Die weitere Unterdrückung ließ nicht lange auf sich warten.

Im Januar 1976 gab die staatliche Verwaltung Miloslav Lojek bekannt, daß die Probezeit vorbei sei und er die Bewilligung zur Arbeit eines Geistlichen nicht länger behalten könne. In den Frühlingsmonaten 1976 zog M. Lojek mit seiner Frau nach Olovi bei Sokolov und trat als Arbeiter in die Fabrik für Kohleverarbeitung und Stadtgaserzeugung in Vresova ein. Hier arbeitete er bis zum Beginn des Militärdienstes am 30. September 1976. Am 20. 12. 1977 wurde M. Lojek der Aufwiegelung beschuldigt, die er angeblich dadurch begangen habe, daß er Soldaten in der Grundausbildung „schriftliches Material mit Ausfällen gegen die sozialistische Gesellschafts- und Staatsordnung“ (Charta 77 und eine Abhandlung über die sozialistische Gesetzmäßigkeit) zu lesen gegeben und vor weiteren Militärpersonen auführerische Äußerungen getan habe. Weiter wurde er der Gefährdung des politischen und moralischen Zustandes der Einheit beschuldigt (offensichtlich wegen Äußerungen pazifistischen Inhaltes). Am 20. 12. 1977 wurde zur gleichen Zeit in der Wohnung von M. Lojek eine Haussuchung durchgeführt. Am gleichen Tag teilte man der Frau von M. Lojek mündlich mit, daß ihr Mann am 19. 12. 1977 in Haft genommen worden sei und sich im Gefängnis Prag-Ruzyne befinde. Diese Mitteilung wurde am 28. 12. 1977 durch einen Brief des Militäroberprokurators bestätigt. Die Vernehmungen des Angeklagten und der Zeugen der Anklage sind gegenwärtig abgeschlossen. Dem Angeklagten droht nach § 100 bzw. § 288 eine Freiheitsstrafe in Höhe von sechs Monaten bis zu drei Jahren.

15. Januar 1978

Jakub Trojan

Gegen willkürliche Verhaftung

Das folgende Dokument, das gegen die Verhaftung eines evangelischen Pfarrers protestiert, stammt aus dem Kreis der tschechoslowakischen „Charta '77“. Die Charta ist eines der wichtigsten Bürgerrechtsdokumente Osteuropas.

Herr Dr. Jur. Jan Fejes, Generalstaatsanwalt der CSSR

Am 30. 5. 1978 wurde der evangelische Geistliche Jan Simsa aus Brünn wegen Verdachtes der Aufwiegelung von der Polizei verhaftet; nachträglich stellte sich heraus, daß der Verdacht unbegründet war. Am folgenden Tag wurde in seiner Wohnung eine Haussu-

chung durchgeführt, in deren Verlauf es zu einer Auseinandersetzung kam, als ein Sicherheitsbeamter ungerechtfertigterweise einen persönlichen Brief von Professor Jan Patočka beschlagnahmen wollte. Bei dieser Gelegenheit wurde einer der anwesenden Bediensteten gegen die Frau von Jan Simsa grob. Als Jan Simsa seine Frau schützen wollte, kam es zu einer Kollision, die später als Straftat interpretiert wurde. Aufgrund dessen wurde der Obengenannte in Untersuchungshaft genommen. Wir fügen hinzu, daß Jan Simsa schwerkrank ist und in schlechtem Gesundheitszustand zur Haussuchung gebracht wurde. Ungeachtet der außergewöhnlichen Umstände halten wir die gegen ihn gerichtete Beschuldigung und seine Inhaftierung für ungesetzlich und fordern seine unverzügliche Freilassung.

Prag, den 11. 6. 1978

Dr. Ladislav Hejdanek, Charta-Sprecher

Berichte

Menschenfreundliches Werk – Kirche des Reiches Gottes

Das von dem Schweizer *Friedrich Ludwig Alexander Freytag* (1870–1947) gegründete «Menschenfreundliche Werk» wird immer wieder als eine Abspaltung von den Zeugen Jehovas dargestellt. Aber dies ist nicht richtig, obwohl Freytag 22 Jahre lang (1898–1920) zu den Ersten Bibelforschern gehörte – er war Gebietsleiter in der Schweiz. Vielmehr muß die «Association Philanthropique» als das persönliche Werk Freytags angesehen werden. Denn sein Leben und Denken weist von Anfang an eine bestimmte, durchaus eigenständige Linie auf, die dann zu seinem Menschenfreundlichen Werk führte, auch wenn er entscheidend mitbestimmt wurde durch die Anschauungen Ch. T. Russells und durch verschiedene Praktiken seiner Ersten Bibelforscher. Dies zeigt sich vor allem auch darin, daß in der von ihm gegründeten Gemeinschaft ein anderer Geist wirksam wurde, als es jener der Wachturm-Gesellschaft ist, und der mit dem Stichwort „menschenfreundlich“ durchaus zutreffend bezeichnet ist.

Tod und Leben sind die beiden entscheidenden Pole im Gedankenkreis F. L. A. Freytags. Diese Worte stehen für zwei Reiche, die Freytag vor allem auch religiös-emotional erlebt hat: auf der einen Seite das dunkle, lebens- und glücksfeindliche Reich, mit Sünde und Ungerechtigkeit, mit Krankheit, Leiden und Sterben. Es steht unter der Herrschaft des Teufels und hat seine eigentliche Stoßkraft im Tod, den Freytag mehrfach im engsten Familien- und Freundeskreis erlebt hatte. Auch er selbst war einmal lebensgefährlich erkrankt.

Auf der anderen Seite stehen Leben, Liebe, Herzlichkeit, Güte und Gerechtigkeit: das Reich des Lichts und der Harmonie. Hier liegt, sehr im Unterschied zu den Zeugen Jehovas, das eigentliche Interesse Freytags. Es ist das „Reich Gottes“, das die Erhabenheit und Wunder des Schöpfers widerspiegelt. Der unermeßlich weite und schöne Kosmos stellt dieses göttliche Reich unverseht dar. Allein der Mensch hat, vom Teufel verführt, auf sich und alle irdischen Wesen den Fluch gebracht. Aber davon weiß Gott nichts. Er ist kein persönlicher, d. h. kein handelnder, richtender oder erlösender Gott, – das wäre für die Menschenfreunde ein „willkürlicher Gott“. Er wird vielmehr verstanden als *das Gute* und *Vollkommene*, und dieses kennt das Böse nicht.

Gott hat der Welt ein Gesetz gegeben, das „*Weltallgesetz*“, das ein Gesetz der vollkom-

menen Liebe (des „Altruismus“) ist. Es muß wie ein Naturgesetz befolgt werden, und wer es verletzt, muß die Konsequenzen tragen. Christus lehrte und lebte dieses Gesetz: er hat sein Leben für andere geopfert und hat den Tod überwunden. Auch Freytag bemühte sich, dieses Gesetz Gottes so genau wie möglich zu leben; und er arbeitete Regeln aus, mit deren Hilfe der Tod überwunden werden kann. Denn der Tod ist durch die Sünde gekommen (Rö. 5, 12; 6, 23); so kann er, nach der Meinung Freytags, auch durch ein Leben in Gehorsam gegen das göttliche Gesetz des Altruismus überwunden werden.

Will man die Frömmigkeit der Menschenfreunde charakterisieren, so drängt sich ein Wort aus Goethes „Faust“ auf: „Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen.“ Freilich darf man dabei nicht übersehen, daß hier eine anbetende Hinwendung zu Gott, der Dank für die Sendung des Gottessohnes und für dessen Sühnopfer hinzukommt. Das große Stichwort aber ist die „Charakterumänderung“. Es geht darum, die „Herzensreinheit“ zu erlangen, die „vollständige Austilgung des alten Ich“ zu erreichen. „Wenn wir noch die geringste Übereinstimmung mit dem weltlichen Geist haben, sind wir von Gott abgetrennt“; denn man kann „nicht zugleich ein wenig göttlichen Geist und ein wenig weltlichen Geist“ haben. Die Ethik zielt auf ein stark idealisiertes vollkommenes Leben hin und ist geprägt von der Überzeugung, daß „Gottes Gebote nicht schwer“ sind. Die Haltung ist nicht „gesetzlich“; Gott ist ja Liebe, und Jesus wird als der „Heiland“ gesehen. Eine lieblich-milde, ja salbungsvolle Sprache herrscht vor, wenn Freytag und seine Anhänger die Hinwendung zum Guten schildern (siehe MD 1974, S. 346 ff). Körperliche Reinheit – u. a. vegetarische Ernährung, reine Atmung, reines Wasser – soll den Fortschritt unterstützen, denn das Weltallgesetz bezieht sich nicht nur auf den geistigen Bereich, sondern bestimmt das ganze Leben.

Freytag hat sich von den Bibelforschern wieder getrennt. Er warf ihnen vor, daß sie „das göttliche Programm nicht befolgten“ und das nicht praktisch verwirklichten, was sie verkündeten. Dazu kam eine spezielle Lehrdifferenz: Die Bibelforscher verstanden „Harmagedon“ als einen plötzlichen Einschnitt, der mit einem Schlag „dieses System der Dinge“ beenden und das „Königreich“ sichtbar in Erscheinung treten lassen sollte. Freytag dagegen vertrat einen fließenden Übergang: schon jetzt hat das „Reich der Gerechtigkeit“ begonnen, und die Menschenfreunde können am Aufbau dieses Gottesreiches auf Erden mitwirken. Damit ging Freytag einen entscheidenden Schritt über die Bibelforscher und Zeugen Jehovas hinaus, die im Proklamatorischen und Missionarischen stekenblieben. Er gründete „Versuchstationen“; das sind Lebensgemeinschaften auf altruistischer Grundlage, die Modelle der künftigen Welt sein wollen. (Die erste Station entstand 1925/26 bei Avignon. In Deutschland: Haus Waldeck bei Neuweilnau und Schloß Sternberg bei Königshofen, Nähe Coburg. In der Schweiz vor allem Schloß Cartigny bei Genf, wo sich die Zentrale befindet; Schloß Marnand in der Nähe von Lausanne und Schloß Wart bei Winterthur. Heute bestehen 12 solche Stationen in der Welt.)

Andererseits hat Freytag ohne Zweifel auch vieles von Ch. T. Russell übernommen. So den Gedanken des Königreichs und die Erwartung eines bald anbrechenden ewigen Lebens auf einer erneuerten Erde. Ja, sein gesamter *apokalyptischer Aufriß* stammt von Russell. Auch Freytag interpretierte die sieben Gemeinden, an die die Sendschreiben Offb. 2–3 gerichtet sind, als sieben aufeinanderfolgende Epochen der Kirche, wobei er sich selbst als der von Gott gesandte „Engel“ oder „treue Sendbote“ für die letzte Epoche von Laodicea verstand: Er enthüllte die göttlichen Gesetze für das Reich der Gerechtigkeit; nach ihm wird keiner mehr kommen. Diese Einschätzung haben seine Anhänger über-

nommen. So heißt die deutsche Vereinigung «Menschenfreundliche Gesellschaft ‚Der Engel des Herrn‘». Als Freytag 1947 starb, trat keiner seine Nachfolge an. Statt dessen gewannen seine Schriften „kanonische“ Geltung (die Titel: Die göttliche Offenbarung – die sieben Geister Gottes; Die Botschaft an die Menschheit; Das ewige Leben – die Hütte Gottes unter den Menschen). Eine selbständige Weiterentwicklung hat im Menschenfreundlichen Werk bis heute nicht stattgefunden.

Vor allem hat Freytag auch das *Gemeindeverständnis* von Russell übernommen (siehe MD 1976, S. 43 f): Lediglich 144 000 (im buchstäblichen Sinn) bilden seit der apostolischen Zeit die „kleine Herde“ (Luk. 12, 32), das ist die wahre „Kirche des Reiches Gottes“. Die heute lebenden Mitglieder der „kleinen Herde“ finden sich in der „Menschenfreundlichen Versammlung“ (so die Bezeichnung für die Schar der Menschenfreunde insgesamt), haben die Hingabe-Taufe vollzogen und besondere „Weihegelübde“ abgelegt. Sie führen ein heiliges Leben der opferbereiten Hingabe und dürfen deshalb beim Abendmahl (einmal im Jahr, am Karfreitag) vom Opferkelch Christi trinken. Sie bilden als „Geweihete“ die „göttliche Familie“ und werden künftig als königliche Priester mit Christus zusammen regieren. – Dazu kommt die „Armee des Allmächtigen“ (nach Offb. 7, 9): aufrichtige Menschen, die für die Einführung der Gerechtigkeit auf Erden arbeiten und hier einmal ewig leben werden. Sie sind die Vorhut der neuen Menschheit, haben die „Bundesgelübde“ abgelegt und dürfen beim Abendmahl vom Brot essen. Dazu gesellen sich weitere Interessierte. Die traditionellen Kirchen aber stehen unter der Herrschaft des Antichrists und werden vernichtet werden.

Wie Russell lehnte es auch Freytag ab, die Gläubigen zu organisieren. So gibt es keine Mitgliedschaft in der Menschenfreundlichen Versammlung; dementsprechend auch keine festgesetzten Mitgliedsbeiträge. Die örtlichen Gruppen heißen „Versammlung“ und werden von einem „Ältesten“ geleitet. Man kommt viermal wöchentlich zu Gebetsstunden und zur Betrachtung zusammen: Am Sonntagvormittag ist die „Heiligungsversammlung“ mit Verlesung des „Himmelstau“ (Andachten Freytags, vom Ältesten „kommentiert“) und der Gelübde, ferner „Fragen zur Änderung des Charakters“, verbunden mit einer Art Beichte („Anempfehlung“, nach Jak. 5, 16) und Gebet. Am Sonntagabend erneute Betrachtung einer Andacht Freytags aus der menschenfreundlichen «Zeitung für Alle». Bei der „Wochenversammlung“ am Donnerstag werden Artikel aus dem «Anzeiger des Reiches der Gerechtigkeit» gelesen (vgl. die Praxis des „Wachturmstudiums“ bei den Zeugen Jehovas!). Eine interne Gebetsversammlung findet montags statt. Jedes Halbjahr wird ein mehrtägiger Kongreß gehalten („Hauptversammlung“). Zuweilen verkünden die Menschenfreunde ihre Botschaft von Haus zu Haus und verkaufen Schriften. – Soziale, humanitäre oder karitative Einrichtungen und Einsätze, die über die eigene Gemeinschaft hinausgehen, sind nicht vorhanden.

Im letzten Punkt unterscheiden sich die französischen «*Amis de l'Homme*», die sich nach dem Tod Freytags unter J. B. Sayerce (gest. 1963) und *Lydie Sartre* (gest. 1972) verselbstständigt haben, sehr wesentlich von den übrigen Menschenfreunden. Sie haben seit 1952 von Bordeaux aus einen staunenswerten „Sozialen Dienst“ aufgebaut. Um 1970 haben sie dann im Departement Lot-et-Garonne ein kleines landwirtschaftliches „Paradies“ begründet, über dessen Ergehen die Zeitschrift «Das Reich der Gerechtigkeit und Wahrheit» informiert (etwa 500 deutschsprachige Bezieher). Hier leisten sie eine sehr effektive Hilfe für die Bauern im weiten Umkreis. Leiter der „Familie“ ist heute Joseph Neyrand.

(Siehe MD 1976, S. 43 ff.)

rei

Informationen

JUDENTUM

Neue Torarollen für Frankfurt und Wiesbaden. (Letzter Bericht: 1979, S. 72 ff) Die jüdischen Gemeinden in Frankfurt und Wiesbaden haben neue Torarollen erhalten. Darüber berichtete die «Allgemeine jüdische Wochenzeitung» am 9. Februar 1979.

Das Heiligste unter den jüdischen Kultgeräten ist die den Text der fünf Bücher Mose umfassende Torarolle (Sefer Tora). In Anlehnung an Sprüche Salomos 3, 18 („Baum des Lebens“) ist sie Sinnbild des jüdischen religiösen und geistigen Lebens. Die wöchentliche Lesung eines Toraabschnittes ist Höhepunkt des Gottesdienstes in der Synagoge. Da die Torarolle mit einer besonders präparierten Feder und mit einer bestimmten Tinte von Hand geschrieben werden muß – an der für die Frankfurter Westend-Synagoge bestimmten Folle arbeitete ein israelischer Toraschreiber 18 Monate lang – handelt es sich bei ihr auch um einen kostbaren Gegenstand. Torarollen werden häufig, wie in Frankfurt und Wiesbaden geschehen, von frommen Gemeindemitgliedern in Auftrag gegeben und der Synagogengemeinde geschenkt, was der große Ehre angesehen wird.

Die Einweihung erfolgt im Rahmen einer mit Freude vollzogenen Zeremonie: Die Gemeindemitglieder fügen mit einem Federkiel die Buchstaben der letzten Worte des Textes hinzu, und anschließend wird die Heilige Schrift unter einem Hochzeitsbaldachin (Chuppa)

symbolisch in die Gemeinschaft des jüdischen Volkes aufgenommen. Eine Besonderheit der Frankfurter Feier war der eindeutig chassidische Charakter der Zeremonie: „Die Kantoren und Synagogenvorsteher in Begleitung der Gemeindemitglieder trugen das Sefer Tora auf der Straße in einem Rundgang um die Synagoge.. Mit Tanz und Gesang wurde danach die Rolle in den Heiligen Schrein eingehoben.“

Die Einweihung neuer Torarollen ist heute ein seltenes und herausragendes religiöses Ereignis. Die Feiern in Frankfurt und Wiesbaden sind daher als ein Hinweis auf die innere Festigung und Lebendigkeit der jüdischen Gemeinden nach Kriegsende zu werten.

H.-J. Loth

ISLAM

Islam in der Sowjetunion (Letzter Bericht: 1979, S. 46) Lenin und Stalin wollten die islamischen Sowjetrepubliken in Zentralasien der Form nach national und dem Inhalt nach kommunistisch gestalten. Immer deutlicher zeichnet sich jedoch die umgekehrte Entwicklung ab: das Äußere ist kommunistisch, aber der Inhalt wird immer nationalistischer und islamischer. Anstatt des neuen Sowjetmenschen, der aus der Revolution von 1917 geboren werden sollte, bildet sich ein „neuer islamischer Mensch“.

Zu diesem Ergebnis kommt eine französische Studie, über die der Schweizer Informationsdienst «Glaube in der 2. Welt» (2/79) berichtet. Ähnliche Schlußfolgerungen zog in diesen Tagen ein Sprecher des «Islamischen Weltkongreß», der sich dabei auf Untersuchungen und Reiseberichte von Vertretern islamischer Organisationen stützte (Islamnachrichten der «Deutschen Welle» 58/1978). Übereinstimmend weisen

beide Quellen auf zwei wichtige Entwicklungen hin.

Erstens bestehen offenbar in den sechs islamischen Republiken der Sowjetunion geheime Bruderschaften, die die islamische und nationalistische Bewußtwerdung fördern. Der «Islamische Weltkongreß» nennt vor allem zwei Derwisch-Orden, die „Naqshebandiya“ und die „Quadiriya“. Allein in der Republik Dagestan nähmen über eine halbe Million Gläubige regelmäßig an den geistlichen Übungen der Derwische teil. „Der von den Muftis und geistlichen Würdenträgern repräsentierte offizielle Islam“, so berichtet die «Deutsche Welle», „sei offensichtlich nicht fähig, die religiösen Bedürfnisse der Gläubigen zu befriedigen. Für die Mehrheit der Moslems stellen vor diesem Hintergrund die Orden eine Art ‚Alternativ-Islam‘ dar, der der ‚tiefen Sehnsucht nach Verinnerlichung‘ entgegenkomme. Außerdem entzögen sich die Orden jeglicher Aufsicht sowohl der islamischen als auch der staatlichen Behörden. Während es in der Republik Aserbaidschan beispielsweise ganze dreizehn offiziell ‚arbeitende Moscheen‘ gebe, unterhielten die Derwische mehrere Hundert ‚geheime Gebetsstätten‘, die dennoch nicht ausreichen. Oft versammelten sich die Gläubigen an den verfallenen Gräbern islamischer Glaubenskämpfer vergangener Jahrhunderte, um die Erwekungspredigten der Sufis zu hören.“

Zweitens zeichnet sich in der Bevölkerungsentwicklung eine massive Verschiebung zugunsten der islamischen Völker ab. Heute leben in einer Gesamtbevölkerung von 250 Millionen etwa 50 Millionen Muslime. Während jedoch die Bevölkerung russischer Herkunft zwischen 1959 und 1970 nur um 13 Prozent zugenommen habe, liege die Zuwachsrate in den islamischen Regionen zwi-

schen 45 und 53 Prozent. Man rechnet nach sowjetischen Schätzungen damit, daß im Jahr 2000 die UdSSR 100 Millionen Muslime zählen wird, die nach Glauben, Tradition und Kultur eine Einheit bilden.

Es ist keine Frage, daß sich die islamische Bewegung im Iran, aber auch in der Türkei, auf die abgrenzenden islamischen Sowjetrepubliken auswirken wird. So hat sich nach dem Bericht von «Glaube in der 2. Welt» der Ajatollah Khomeini bereits für die Religionsfreiheit seiner islamischen Glaubensbrüder in der UdSSR eingesetzt und Anspruch auf ehemals persisches, unter den Zaren Rußland einverleibtes Gebiet erhoben.

mi

Ein Ahmadi zur islamischen „Revolution“ im Iran. Die Vorgänge im Iran, Teil einer umfassenden Renaissance der islamischen Welt, beschäftigen verständlicherweise alle islamischen Gruppen. Die Ahmadiyya-Gemeinschaft ist vom orthodoxen Islam exkommuniziert, verkörpert aber nach ihrer Überzeugung den wahren Islam (vgl. MD 1975, S. 1f). In der Tat vertritt sie in vielem die traditionellen islamischen Glaubenslehren und Lebensgesetze besonders streng. Hadayatullah Hübsch hat als biographischen Hintergrund die westlich-jugendliche religiöse Subkultur und bekennt sich heute als Muslim der Ahmadiyya-Richtung. Unter dem Titel „Islam?“ schrieb er eine Glosse zur iranischen Revolution, aus der wir einige Passagen wiedergeben:

„Es fällt im Westen schwer zu begreifen, was Menschen in Persien, der Türkei oder Pakistan bewegt, wenn sie heute mit krude anmutenden Forderungen ‚Islam‘ zu verwirklichen suchen. Es will einfach nicht in den Kopf des ‚modernen‘ Weltenbürgers hinein, daß bislang

erstarre Traditionen plötzlich in wütende Aktivitäten umschlagen. Was aber ist die Ursache dafür?

Zum einen gilt es darüber nachzudenken, warum die Menschen dort von dem doch verständlichen Wunsch geprägt sind, gewisse Verfallserscheinungen einer ‚permissive society‘ nicht länger übernehmen zu wollen. Sie haben gemerkt, wie verheerend bindingslose Sexualität, freimütiger Alkoholkonsum oder ein verschleiender Filmkonsum sich auswirken können. Sie spüren, wie hier dazu angesetzt wird, eine zumindest der Form nach vorhandene gesellschaftliche Moral zu zerstören.

Andererseits gibt es in der Tat in den Lehren des Islam, wie sie in den Offenbarungen Allahs dem Propheten Muhammad überliefert wurden, eine Vision von glücklichem Gemeinschaftsleben, die im Vergleich zu anderen gegenwärtig angebotenen Heilsbotschaften den Vorteil hat, daß sie über längere Zeit hin realisiert worden war. Solche geschichtliche Ermahnung spornt an:‘

Woher also, fragt Hadayatullah Hübsch, rühren der Schock und das Unverständnis angesichts der Tatsache, daß Muslime versuchen, die Welt- und Lebensanschauung des Islam wieder in die Tat umzusetzen?

„Es mutet uns befremdlich an, wenn im Namen einer Religion gemordet und Zwang ausgeübt wird. Das ist gut so. Denn Religion hat von der Intention her immer etwas mit Liebe und Befreiung zu tun. Wer aber, die selbsternannten islamischen Würdenträger eingeschlossen, wagt zu behaupten, was da jetzt in Persien geschehe, sei wirklich der Islam, den Muhammad predigte? Ein vorurteilsfreier Blick in den Quran wird uns belehren, daß all die Auswüchse, die wir dort beobachten müssen, mit dem Geist und dem Buchstaben des Islam wenig zu

tun haben, ja ihm oft genug diametral entgegengesetzt sind. Gleichberechtigung von Mann und Frau, Freiheit von Lehre und Glaubensbekenntnissen, Auseinandersetzung mit anderen durch rationales Argumentieren und glaubwürdiges Handeln sind den islamischen Lehren zufolge allein der Weg, andere von einer ‚gesunden‘ Gesellschaftsordnung zu überzeugen.

Hinzu kommt, daß manche islamischen Lehren und Gebote auf den Westen abschreckend wirken. Der Schleier ist ein Symbol dafür. Wer aber in diesem Lande hat sich schon einmal in die Lage jener Frauen versetzt, die, wiewohl überaus gebildet, auf ihrem Schleier beharren? Die ihn als Zeichen der weiblichen Würde betrachten? Es ist einfach falsch anzunehmen, die intellektuellen Frauen des Islam stünden vor dem Nichts der Demütigung. Jedoch haben sie es in der Tat schwer, gegen einen bornierten und hochmütigen Fanatismus das wahre Gesicht des Islam sichtbar zu machen.

Hierzulande aber scheint es notwendig, sich um authentische Information über den Islam zu bemühen, ehe man wertet. Ein Verständnis ist dafür zu entwickeln, daß das fast schon missionarisch verbohrt Bedürfnis mancher Vertreter der westlichen Zivilisation, ihren ‚way of life‘ durchzusetzen, auch anderen Maßstäben unterworfen werden könnte als nur den eigenen. Das besagt sicherlich nicht, daß die Vorgänge im Orient viel mit Frieden, mit ‚Islam‘, zu tun haben. Bevor wir jedoch eine Religion und ihren Propheten falsch einschätzen und mehr oder minder verdammen, wäre es sinnvoll, sie anhand dessen zu befragen, was sie tatsächlich wollen. Dann wird sich auch herausstellen, wo die sogenannten islamischen Länder sachlich wirklich anfällig sind und von innen her kritisiert werden müssen.“

mi

Lebendige Baptistengemeinden in der Sowjetunion. (Letzter Bericht: 1978, S. 260ff) *Andrej Klimenko*, Präsident des offiziellen Baptistenbundes der UdSSR, des «*Allunionsrates der Evangeliumschrinden-Baptisten*», hielt sich kürzlich in der Bundesrepublik auf, um deutschstämmige Baptisten zu besuchen, die aus der Sowjetunion ausgereist waren und denen es nach seinen Worten schwerfällt, sich in die Gemeinden der neuen Heimat einzufügen («epd» 27. 2. 1979). Die deutschen Gottesdienste seien wesentlich kürzer und rationaler gestaltet, auch herrsche eine größere „Freiheit der Sitten“, als es die Umsiedler aus ihren sowjetischen Gemeinden gewohnt seien. Klimenko erwiderte damit gleichzeitig den Besuch einer Delegation des «Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden», die im November des vergangenen Jahres eine Reihe baptistischer Gemeinden in der UdSSR besucht hatte («epd» 20. 11. 1978). Beide Delegationen unterstrichen die zunehmend besseren Bedingungen für Christen in der Sowjetunion. Nimmt man den jetzt bekannt gewordenen Bericht vom letzten Plenum der Evangeliumschrinden-Baptisten im Mai 1978 in Moskau («berliner kirchenreport» A 3 vom 16. 1. 1979) sowie Einzelmeldungen aus der letzten Zeit hinzu, so ergibt sich aufs ganze gesehen ein erfreulich positives Bild vom Leben und von der Entwicklung der baptistischen Gemeinden.

Der Bund umfaßt jetzt etwa 5000 Gemeinden mit rund einer halben Million Mitgliedern. 1978 werde, schätzte *Generalsekretär Bitschkow*, die Zahl der Neuaufnahmen durch Taufen – vorwiegend Jugendlicher – auf annähernd 10000 angestiegen sein. Im Jahr 1977

waren 62 Gemeinden mit rund 2600 Gläubigen vom Staat registriert und damit anerkannt worden. Auf dem Plenum in Moskau war freilich die Enttäuschung zu erkennen gewesen, die die Baptistenföhrung über die geringen Erfolge bei den Bemühungen zur Wiederherstellung der Einheit mit den „*Initiativniki*“ genannten baptistischen Dissidenten empfindet. Das Plenum warf dem „Rat der Kirchen“, der die abgespaltenen Gemeinden leitet, vor, daß er Gespräche mit dem Allunionsrat ablehne, seinen Anhängern jede Annäherung an diesen verbiete und in letzter Zeit versuche, die Jugend und neubekehrte Gläubige in seinem Sinn zu beeinflussen. Hauptstreitpunkt zwischen den „Dissidenten“ und den registrierten Gemeinden ist die staatliche Religionsgesetzgebung: während diese sich ihren Beschränkungen unterwerfen, können jene die staatlichen Restriktionen – etwa das Verbot evangelistischen Zeugnisses außerhalb der Gottesdiensträume – nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren und bleiben deshalb in der Illegalität.

Mit der Tätigkeit der baptistischen Prediger und Presbyter setzte sich der Bericht Klimenkos kritisch auseinander. Die Führung des Allunionsrats bemüht sich, die immer wieder auftretenden Spannungen und Abfalltendenzen in den Gemeinden zu überwinden. Auch hierbei geht es weniger um gewisse Unterschiede in Lehre und Gottesdienst als um die Einstellung zur staatlichen Kultgesetzgebung. Die Baptistenleitung hat sich offenbar auch besonders der deutschen Gemeinden angenommen, unter denen es zu starken Unruhen gekommen war. Jedenfalls äußerte sich Klimenko befriedigt über die Zunahme der Registrierungen von Gemeinden deutscher Nationalität. Leider sei dies jedoch nicht überall so.

In Moskau wurden auch Zahlen über die Versorgung mit geistlicher Literatur genannt. Die Gesamtzahl der vom Allunionsrat in den letzten zehn Jahren herausgegebenen Bibeln, Gesangbücher und anderer geistlicher Literatur habe 150 000 Exemplare betragen. Im gleichen Zeitraum wurden 420 000 Stück des offiziellen Baptisten-Organs «Der Bruderbote» (Bratskij vestnik) sowie etwa 50 000 religiöse Kalender herausgegeben. Inzwischen erhielten die Moskauer Evangeliumschristen-Baptisten eine Sendung von 25 000 Bibeln in russischer Sprache sowie 5000 biblischen Konkordanzen. Die Einfuhr war im Oktober 1978 von den sowjetischen Behörden genehmigt worden; um Weihnachten 1978 traf ein Lastzug mit der wertvollen Ladung aus dem Stuttgarter Bibelhaus in Moskau ein. Es war die bisher umfangreichste behördlich genehmigte Bibellieferung in die Sowjetunion.

mi

Bei den deutschsprachigen lutherischen Gemeinden in der Sowjetunion.

Der Europareferent des «Lutherischen Weltbundes», Paul Hansen, hielt sich jetzt zum dritten Mal in der Sowjetunion auf. Unter anderem besuchte er lutherische Gemeinden in den mittelasiatischen Sowjetrepubliken Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Tadschikistan. Sein Bericht weicht in manchem von dem allgemein üblichen, negativen Klischee ab und bringt vor allem die Lebendigkeit der Gemeinden zum Ausdruck. Die folgenden Ausschnitte sind dem «berliner kirchenreport» (A 3 vom 16. 1. 1979) entnommen:

„In Karaganda, einer neuen großen Industriestadt, befindet sich die größte deutschsprachige lutherische Gemeinde. Sie zählt heute 2800 eingeschrie-

bene Mitglieder. Ein Gemeindehaus mit etwa 600 Sitzplätzen steht ihr in einem Vorort zur Verfügung. Man geht in ‚Schichten‘ zum Gottesdienst – um 10 Uhr die erste Gruppe, um 14.00 Uhr die andere. Im vergangenen Jahr wurden 500 Personen (meistens Kinder) getauft, 87 konfirmiert (alle über 18 Jahre alt) und 190 beerdigt. Für 1978 sind die Zahlen beträchtlich höher *Weil beispielsweise bis zu 100 Kinder auf einmal zur Taufe gebracht werden, muß künftig jeden Samstag getauft werden.*

Erfahrungen, die man während einer solchen Reise sammelt. Aufgrund aller Berichte geht es hier um ein recht breites ‚Kirchenfeld‘. Verglichen mit der gesamten sowjetdeutschen Bevölkerung ist die Zahl der Gläubigen nicht hoch. Eine vollständige Statistik gibt es wahrscheinlich nicht. Als Beispiel sei jedoch erwähnt, daß von 49 Ortschaften im Gebiet Omsk berichtet wird, wo sich Menschen deutsch-lutherischer Herkunft zu Gottesdiensten versammeln können, ebenso 24 im Gebiet von Zelinograd und 17 im Volgograd-Gebiet. Die größte Anzahl gibt es im Gebiet von Kasachstan. In Anbetracht der Zahl und auch der Prägnanz des Glaubenslebens dieser Mitchristen ist es natürlich, daß eine Weltorganisation wie der LWB sich für sie interessiert und sich ihrer annehmen möchte. Daß der Beauftragte des Weltbundes zum dritten Mal eine Besuchsreise unternehmen durfte, ist ein Zeichen dafür, und einen Beweis dafür sehen diese Christen in den Bibeln, Neuen Testamenten und christlichen Lieberbüchern, die ihnen übersandt worden sind. Wie groß die Freude darüber ist, kann man sich kaum vorstellen. Doch konnten in jeder Gemeinde noch längst nicht alle Familien beliefert werden. Außerdem fehlen noch Andachts- und Predigtbücher sowie Katechismen.

Die staatliche Registrierung von Gemeinden in der Sowjetunion wird dort weiterhin in gewissen Kreisen diskutiert und hinterfragt. Es gab eine Zeit, wo die Behörden unwillig waren, überhaupt Registrierungen vorzunehmen. Dies scheint nicht mehr so oft der Fall zu sein. In manchen Gemeinden und religiösen Gruppen gibt es gegen die Registrierung jedoch Widerstand. Äußerungen wie die folgenden sind z. B. zu hören: ‚Wir wollen doch keinen Pakt mit dem antireligiösen Staat schließen.‘ ‚Der Missionsbefehl unseres Herrn bedeutet uns mehr als menschliche Gesetze.‘ ‚Wir unterschreiben nicht freiwillig Bestimmungen, die unsere evangelisierenden Tätigkeiten einschränken oder unsere Sonntagsschulen und Schriftenverbreitung verbieten.‘ ‚Wir versammeln uns lieber privat als in einer registrierten Kirche, die eher ein Gebäude der Regierung als ein Gotteshaus ist.‘

Was die deutschsprachigen lutherischen Gemeinden und Gruppen, von denen in diesem Bericht die Rede ist, betrifft, verhält es sich so, daß die Zahl der Gemein deregistrierungen ständig steigt. Trotzdem gibt es in den meisten Ortschaften, wo Gläubige sich versammeln, nicht- (oder noch nicht-) registrierte Gemeinden. Vielleicht haben sie es vor Jahren

einmal ohne Erfolg versucht und dann aufgegeben. Vielleicht besteht heute in den eigenen Reihen oder bei den Behörden direkter Widerstand dagegen, oder man ist noch nicht ‚auf den Gedanken gekommen‘, weil man sich ohnehin versammeln kann.

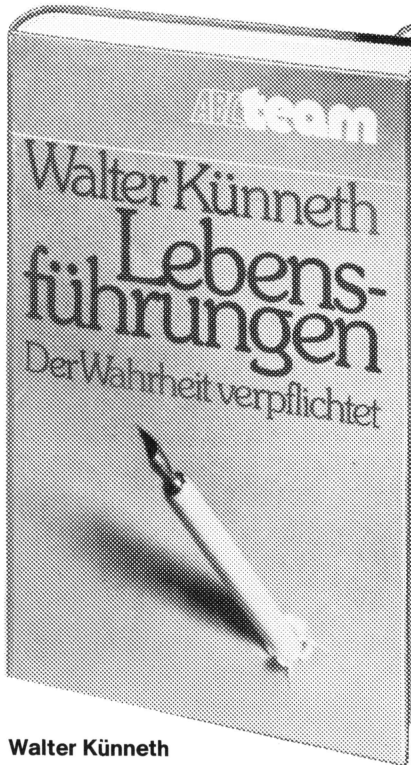
Die Erfahrungen von Tschirtschik, daß auch Zusammenkünfte nichtregistrierter Gemeinden geduldet werden, wenn man sich sonst an den gesetzlichen Rahmen hält, werden von vielen Orten bestätigt, und man darf sie keineswegs als ‚Untergrundaktivitäten‘ ansehen. Gewiß können die Gemeinden nicht alles tun, was sie auf den verschiedenen Gebieten kirchlicher Arbeit tun möchten. Gewiß erleben sie auch den Druck der atheistischen Umwelt (am Arbeitsplatz, in Ausbildungsstätten usw.). Aber sie haben Geduld und Vertrauen auf Gottes Macht und Führung. Sie sind froh und dankbar, wenn sie sich zu Lob und Anbetung unter seinem Wort versammeln können. Diese ‚stillen‘ Christen, die in den zahlreichen Publikationen der ‚Ostmissionsgesellschaften‘ des Westens keine Schlagzeilen machen, sollte man nicht gering schätzen. ‚Im stillen‘ geschehen die großen Dinge, wie es die Art von Gottes Reich ist.“ mi

Materialdienst Einbanddecken

Zum Preis von DM 5,- einschließlich Porto und Verpackung beim Verlag erhältlich. Wir bitten, umgehend zu bestellen.

Quell Verlag Stuttgart · Postfach 897 · 7000 Stuttgart 1

R. BROCKHAUS

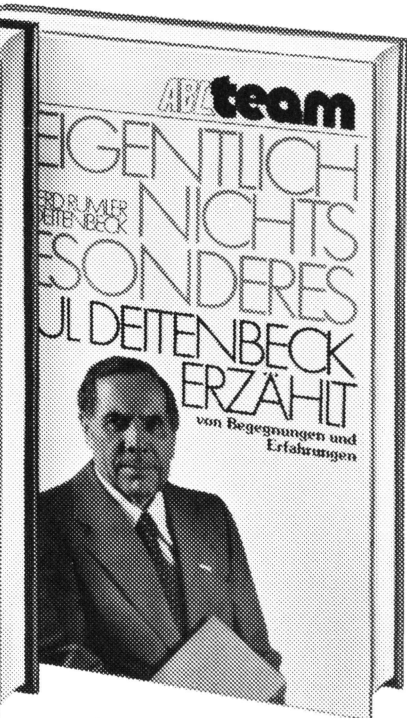


Walter Künneth

Lebensführungen

Der Wahrheit verpflichtet
300 S., Efal. DM 28,-; Best.-Nr. 12620

Ein halbes Jahrhundert neuester Kirchen- und politischer Geschichte aus der Perspektive des Mannes, der Hitlers Chefideologen die Stirn bot; ein Wächter der Gemeinde im Kampf für Bibel und Bekenntnis, der hier seinen eigenen Hintergrund und seine Motive beschreibt. Die Geschichte eines mutigen Christen.



Gerd Rumler / Paul Deitenbeck

Eigentlich nichts Besonderes

Paul Deitenbeck erzählt von
Begegnungen und Erfahrungen
256 S., Efal. DM 19,80; Best.-Nr. 12630

In diesem Buch erzählt Paul Deitenbeck aus seinem Leben – Aus Kindheit und Jugend, Studien- und Vikariatszeit, Kriegs- und Nachkriegszeit. Er berichtet über die Weichenstellungen Gottes in seinem Leben und über die Menschen, die seinen Dienst beeinflusst haben.



Quell Verlag
Stuttgart
geb DM 18.—
kt DM 14.80

Wer an Menschen und ihre Geschichte erinnern will, muß zu erzählen versuchen. Deshalb ist dieses Buch über Gestalten aus der Passionsgeschichte ein erzählendes Buch. Es hat Personen und Ereignisse zu seinem Gegenstand. Es ist aber deswegen kein Roman und keine Geschichtsschreibung. Denn der Roman ist Literatur

gewordene Phantasie, und die Geschichtsschreibung ist Literatur gewordene Tatsachenkunde. Hier soll erzählt werden, indem möglichst beides zusammenkommt: historische Sachkunde und Phantasie des Glaubens.

Ein Anhang führt ein in die Voraussetzungen und Möglichkeiten erzählender Theologie.

Herausgegeben von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen der EKD im Quell Verlag Stuttgart. – *Redaktion:* Pfarrer Helmut Aichelin (verantwortlich), Pfarrer Michael Mildenerger (geschäftsführend), Pfarrer Dr. Hans-Diether Reimer. *Anschrift:* Hölderlinplatz 2 A, 7 Stuttgart 1, Telefon 22 70 81. – *Verlag:* Quell Verlag und Buchhandlung der Evang. Gesellschaft in Stuttgart GmbH, Furtbachstraße 12 A, Postfach 897, 7 Stuttgart 1. *Kontonummer:* Landesgiro Stuttgart 2 036 340. *Verantwortlich für den Anzeigenteil:* Heinz Schanbacher. – *Bezugspreis:* jährlich DM 20,— einschl. Mehrwertsteuer und Zustellgebühr. Erscheint monatlich. Einzelnummer DM 2,— zusätzlich Bearbeitungsgebühr für Einzelversand. – Alle Rechte vorbehalten. – Mitglied des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik. – *Druck:* Maisch & Queck, Gerlingen/Stuttgart.